

# GRÜN IST MG – eine Stadt für alle!



Am **13.09.**

*Grün wählen!*

Grün ist deine Zukunft.





## **Liebe Wähler\*innen,**

in Ihren Händen halten Sie unser Angebot für die nächste Kommunalwahl. Wir machen unsere grünen Vorschläge für konkrete politische Maßnahmen für Mönchengladbach und sind davon überzeugt, dass es gerade jetzt, in einer Zeit, in der sich Vieles im Wandel befindet, auf eine klare politische Haltung ankommt.

Wir GRÜNEN sind die kompetente und konsequente Umweltpartei. Wir sorgen für eine zukunftsfähige Politik, die sichtbare ökologische Akzente setzt. Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen auch für die künftigen Generationen sichern.

Wir GRÜNEN können und wollen den sich immer weiter auftuenden sozialen Graben in unserer Gesellschaft nicht akzeptieren. Wir fordern gerechte Steuern, faire Löhne und tragfähige Sicherungsnetze, sodass alle Menschen in Frieden und mit Würde leben können. Wohlstand wird noch zu oft als Reichtum für Wenige und unbegrenztem materiellen Wachstum verstanden. Für uns GRÜNE zählen andere Werte. Unser Wohlstandsverständnis rückt das Wohlergehen aller Menschen in den Mittelpunkt. Wir setzen uns für mehr Lebensqualität im Alltag, für gesunde Lebensmittel und einen hochqualitativen und erschwinglichen öffentlichen Nahverkehr ein.

Wir GRÜNEN übernehmen Verantwortung für das Gemeinwohl. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam für die Errungenschaften unserer demokratischen Gesellschaft eintreten. Wir stehen für Bürgerbeteiligung, Transparenz und lebendige Debatten. Wir GRÜNEN sind die Partei der liberalen Grundrechte. Grüne Politik hat immer das Ziel, allen Menschen ein selbstbestimmtes und sicheres Leben zu garantieren.

Die Schwerpunkte unseres Programms orientieren sich an Themen, die von vielen Menschen einerseits als dringliche Zukunftsaufgabe erkannt werden, andererseits im Rahmen der Zuständigkeit der Stadt tatsächlich angepackt und umgesetzt werden können. Dabei sind wir GRÜNEN uns bewusst, dass die finanziellen Spielräume für die Stadt begrenzt sind und die Stadtverwaltung in der Lage sein muss, ihre gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben wahrzunehmen. Für einen soliden städtischen Haushalt müssen aus GRÜNER Sicht die Themen Umweltschutz, Generationengerechtigkeit, Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen und regionale Wertschöpfung angemessen berücksichtigt werden.

Wir sind überzeugt: Mönchengladbach braucht mehr grüne Politik. Grüne Politik für die Umwelt, für das Klima, für Selbstbestimmung, für soziale Gerechtigkeit, eine zukunftsorientierte Mobilität und für eine nachhaltige Wirtschaft, um die Lebensqualität in Mönchengladbach zu sichern und zu verbessern.

Sie merken: Wir haben uns viel vorgenommen. Wie viel grüne Politik wir in den nächsten Jahren umsetzen können, entscheiden selbstverständlich Sie mit Ihrer Stimme. Deswegen bitten wir Sie um Ihre Unterstützung und hoffen, Sie machen sich mit uns auf den Weg Mönchengladbach noch lebenswerter zu machen.

Mit herzlichen Grüßen

*Der Vorstand*



*Auf der Suche nach den schönsten Grünflächen: Unseren ersten Platz des Fotowettbewerbes 2019 gewannen K. & D. Lohmann.*



**Inhaltsverzeichnis**

	Seite
<b>1. Nachhaltiges Mönchengladbach</b>	6
1.1. Lebenswerte Umwelt	6
1.2. Zukunftsorientierte Mobilität	11
<b>2. Demokratisches Mönchengladbach</b>	17
2.1. Wirtschaft	17
2.2. Rathausneubau	18
2.3. Digitalen Wandel aktiv gestalten	19
2.4. Finanzen	20
2.5. Bürger*innenbeteiligung	20
<b>3. Lebendiges Mönchengladbach</b>	24
3.1. Vielfalt und Zusammenhalt in Mönchengladbach	24
3.2. Gleichberechtigung umsetzen	24
3.3. Inklusion ist Menschenrecht	24
3.4. Stark für Kinder, Jugendliche und Familien	26
3.5. Frauen*politik: Selbstbestimmt und gleichberechtigt	28
3.6. Queer – auf dem Weg zur Normalität	29
3.7. Grüne Jugend	30
3.8. Aktiv und selbstbestimmt im Alter	31
3.9. Wir stehen zusammen: Migration und Einwanderung	32
<b>4. Soziales Mönchengladbach</b>	33
4.1. Arbeitsmarkt	33
4.2. Wohnen	34
4.3. Wohnumfeld	36
4.4. Gesundheitsversorgung	36
4.5. Bildung und Lernen	38
4.6. Hochschule	39
4.7. Kultur in Mönchengladbach: Von allen, für alle!	39
4.8. Öffentlichkeit und Sicherheit	42
4.9. Sport und Freizeit	43
Stichwortverzeichnis	46
Impressum	50



## **1. Nachhaltiges Mönchengladbach**

### **1.1. Lebenswerte Umwelt**

Das Wohlergehen der Menschen hängt ganz wesentlich vom Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ab. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für den Schutz und Erhalt einer intakten Natur. Für uns ist Klimaschutz deshalb immer auch Gesundheitsschutz.

#### **Mönchengladbach strebt Klimaneutralität bis 2030 an.**

Seit Jahren verfehlt Mönchengladbach die eigenen Klimaziele. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Luft sind seit Jahren deutlich höher, als die Stadt in ihren eigenen Planungen festgelegt hat. Das liegt vor allem an einer verfehlten Verkehrspolitik. Nach dem Motto „Global denken, lokal handeln“ wollen wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der Stadt deutlich verringern und die dazu nötigen politischen Entscheidungen treffen.

Wir möchten erreichen, dass in Mönchengladbach zukünftig alle geplanten Maßnahmen, Handlungen und Entscheidungen von Politik und Verwaltung, von städtischen Gesellschaften und Einrichtungen vor ihrer Umsetzung auf ihre Klimaverträglichkeit geprüft werden, z.B. durch die Einrichtung eines Klimadezernats.

In der Klimakrise braucht Mönchengladbach mehr denn je Lenkungsmaßnahmen, um den Trend zu ungebremstem Landschaftsverbrauch, zur Versiegelung weiterer Flächen und auch zur Verschotterung von Vorgärten zu stoppen (z.B. durch entsprechende Regelungen in Bausatzungen). Das kommt insbesondere auch dem Stadtklima zugute. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN messen insgesamt der Erhaltung und Weiterentwicklung einer lebenswerten Umwelt einen unvermindert hohen Stellenwert zu

Wir GRÜNE möchten für Mönchengladbach ein ganzheitliches Entwicklungskonzept, das darauf abzielt, dass unsere Stadt insgesamt grüner, sozial inklusiver, technologisch fortschrittlicher, nachhaltiger und effizienter wird.

#### **Mönchengladbach als Stadt im Grünen stärken**

Wir möchten die Bürger\*innen mit der Unterstützung von Gemeinschaftsgärten und Patenschaften für Grünanlagen aktiv an der Gestaltung des Grüns in der Stadt beteiligen.

Mönchengladbach ist geprägt von zahlreichen Parks, Waldflächen, Feldern und Grüngürteln quer durch und um die Stadt. Alle diese Grünflächen dienen als Oasen für Mensch und Tier der Erholung und Entfaltung und sollen als Heimat vieler schützenswerter Tier- und Pflanzenarten auch dem Artenschutz und der Artenvielfalt dienen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Mönchengladbach als Stadt im Grünen noch stärker in den Fokus der Politik und das Bewusstsein der Bürger\*innen rücken. Eine Stadt mit Lebensqualität hat an den meisten Straßen und Plätzen Bäume, Sträucher, Grünstreifen oder grüne Inseln. Zusammen mit den öffentlichen Grünflächen trägt dieses Stück Natur zur Erholung, Beruhigung und Luftreinigung sowie zur Senkung der Feinstaubbelastung bei. Dies wollen wir nicht nur durch die Erhöhung des ökologischen Werts unserer Grünflächen und Bäume erreichen, sondern haben dabei auch die Stärkung und Verbesserung für Fußgänger\*innen, Fahrradverkehr, ÖPNV, Carsharing sowie alternative Fahrzeugantriebe im Blick.



### **Vorrang für Bäume und Begleitgrün**

Viele Studien raten Kommunen als ein wirkungsvolles Mittel zur Verringerung der Folgen des durch den Menschen gemachten Klimawandels zur Aufforstung, zur Begrünung von Fassaden und zur Dachbegrünung. Solche Maßnahmen wollen wir durch ein kommunales Programm fördern.

Bäume als CO<sub>2</sub>-Speicher sorgen mit ihrem Schatten für Abkühlung und für ein besseres Stadtklima und helfen nicht zuletzt Vögeln, Bienen und Insekten zu überleben. Wir GRÜNEN haben uns immer wieder gegen unbedachtes Fällen von Bäumen ausgesprochen und Demonstrationen zum Schutz der Bäume organisiert. Wir wollen daher eine Überarbeitung der Baumschutzsatzung der Stadt Mönchengladbach, um diese an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Als Erweiterung zu den üblichen Ersatzpflanzungen planen wir in den nächsten fünf Jahren die Pflanzung von zusätzlichen 10.000 neuen Bäumen im Stadtgebiet Mönchengladbach. Hierfür wollen wir ein Patenschaftsprogramm insbesondere auf städtischen Flächen auflegen. Bürger\*innen erhalten dadurch die Möglichkeit, entlang der Straßen und auf Flächen insbesondere in den Innenstadtbereichen Mönchengladbachs Bäume als Pat\*innen zu pflanzen.

Die Stadt Mönchengladbach sollte für jeden so gepflanzten Baum mindestens einen weiteren pflanzen. Zur Umsetzung des Programmes werden wir bei der Stadt eine eigene Infrastruktur mit zuständigen Ansprechpartner\*innen schaffen. Die Öffentlichkeit wird regelmäßig über das 10.000 Bäume Programm im Rahmen einer Kampagne informiert.

Weiterhin setzen wir uns für Aufforstung in den stadtnahen Wäldern ein, die zu Mönchengladbach gehören. Wir streben ein großes Programm für Ersatzpflanzungen mit klimaresistenteren Baumarten an. Nur so kann die Lebensqualität der Stadt erhalten werden; denn bei steigenden Temperaturen in Zuge der Klimakrise braucht Mönchengladbach umso mehr grüne Lungen, die bei Hitze Kühlung bringen. Dazu benötigen wir auch ein erweitertes Bewässerungskonzept für Stadtbäume. Bei Baumfällungen setzen wir uns dafür ein, dass der ökologische Wert des gefälltten Baums durch entsprechende Nachpflanzungen erhalten bleibt.

Wir wollen, dass vorhandene Baulücken auf ihre Eignung als Grünanlagen oder Urban Gardening geprüft werden, um die Lebensqualität im jeweiligen Viertel zu verbessern.

Nicht zuletzt durch die Überzeugungsarbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich die Haltung vieler Bürger\*innen geändert und auch in der Verwaltung zu einem Umdenken geführt. Man sieht an vielen Stellen in der Stadt mittlerweile blühende Inseln. Wir setzen uns für eine Gestaltungsrichtlinie ein, die blühende und grüne Pflanzenvielfalt sowie den Tier- und Insektenschutz in den Vordergrund stellt. Auf der Straße wollen wir die Begrünung zwischen den Fahrbahnen voranbringen und Teerdecken vermeiden. Wiesenflächen der städtischen Grünanlagen sollen möglichst in Wildblumenwiesen umgewandelt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den Ausbau insektenfreundlicher Bepflanzung in Privatgärten, Parkanlagen und kommunalen Freiflächen ein.



## **Mönchengladbach - Eine Stadt für Alle.**

---

Anders als viele andere Großstädte verfügt Mönchengladbach bisher über keinen Grünordnungsplan für die Siedlungsbereiche. Wir streben eine solche Gesamtplanung an, um z.B. Grünzüge in der Stadt sinnvoll zu vernetzen und auszuweiten. Mit dieser Maßnahme können zusätzliche Frischluftschneisen entwickelt werden, die bei hohen Temperaturen Entlastung für die Bürger\*innen bringen.

In vielen Projekten sind wir für Bürger\*innen in Sachen Umwelt- und Naturschutz weiterhin gerne Ansprechpartner zum Erarbeiten gemeinsamer Lösungen.

### **Erneuerbare Energie kommunal vorantreiben - 100 % Öko**

Wir setzen uns ein für den verstärkten Einsatz von neuen Technologien bezüglich erneuerbarer Energie wie beispielsweise den weiteren Ausbau und Vernetzung von Solaranlagen und die Errichtung von Windkraftanlagen an geeigneten Standorten. Hierbei wollen wir kreative Lösungen und neue Ansätze mit voranbringen wie zum Beispiel das Mieten und Vermieten von Dächern für Photovoltaikanlagen oder auch Solarstrom für Straßenbeleuchtung. Alternative Speichertechnologien wollen wir verstärkt in unserer Kommune nutzen.

Ebenfalls setzen wir uns dafür ein, dass der Grundversorger in Mönchengladbach mit jedem Tarif Ökostrom und Ökogas liefert - immer und ganz automatisch.

### **Beendigung des Braunkohletagebaus im Rheinischen Revier**

Als Stadt, die in besonderem Maße vom Braunkohletagebau im Rheinischen Revier betroffen ist, unterstützen wir dessen schnellstmögliche Beendigung und beteiligen uns aktiv an diesem Prozess. Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Ewigkeitskosten als Folgekosten des Braunkohleabbaus transparent veröffentlicht werden.

### **Beendigung fossiler Beteiligungen zugunsten alternativer Energien**

Wir setzen uns auf allen Gebieten dafür ein, dass sich die Stadt Mönchengladbach umgehend von ihren Beteiligungen an Unternehmen trennt, die noch auf eine fossile Versorgung setzen. Dies gilt insbesondere auf dem Gebiet der Energieversorgung. Gleichzeitig setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stark für den massiven Ausbau regenerativer Energieträger ein. Hier sehen wir ein großes Potenzial für zukünftige Arbeitsplätze.

### **Stopp Tihange und Doel, jetzt!**

In Bezug auf die Abschaltung der belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel werden wir weiterhin alle Maßnahmen unterstützen, die zu deren umgehenden Stilllegung führen werden.

### **Tierschutz in der Großstadt konsequent umsetzen**

Tierschutz ist als Staatsziel im Grundgesetz verankert und auch auf kommunaler Ebene ein wichtiges Thema. Wir stehen für einen konsequenten Tierschutz. Das harmonische Miteinander von Mensch und Tier ist gerade in einer Großstadt oft eine Herausforderung. Die Stadt Mönchengladbach trägt hier Verantwortung und kann in den verschiedenen Bereichen des Tierschutzes einiges verbessern. Wir GRÜNEN wollen Tierleid verhindern. Daher setzen wir uns dafür ein, dass in Mönchengladbach keine Zirkuse mit Wildtieren auftreten dürfen.



Die Stadt soll Vorbild sein und zukünftig beim Tiergarten in Odenkirchen auf die Anschaffung von exotischen Tieren verzichten. Der Tiergarten Odenkirchen bleibt bei Familien und Kindern auch mit heimischen Tierarten ein beliebtes Ausflugsziel.

Das Mönchengladbacher Tierheim wollen wir stärker finanziell unterstützen. Neben dem Tierheim wollen wir auch die anderen Tierschutzorganisationen unterstützen.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Massentierhaltung auf engstem Raum und Käfighaltung in der Landwirtschaft ab.

Wir wollen dem Insekten- und Bienensterben entgegenwirken, indem wir Wildblumenwiesen und bunte Vorgärten fördern und das Auftragen von Glyphosat auf städtischen Flächen verbieten wollen.

### **Stärkung einer glyphosatfreien und ökologischen Landwirtschaft**

Wir setzen uns für ein glyphosatfreies Mönchengladbach ein. Die Stadt und ihre Beteiligungsgesellschaften sollen zukünftig ihre eigenen Flächen nur noch an solche Betriebe verpachten, die sich verpflichten den Ackerbau und die Landwirtschaft nach ökologischen Kriterien und nachhaltig zu bewirtschaften. Weiterhin gehört dazu auch die Verpflichtung und das Gebot, auf diesen Flächen keine Pestizide einzusetzen. Dies wollen wir durch Aufklärung, Kooperation und Beratung mit den Landwirt\*innen erreichen.

Eine nachhaltige, ökologisch verträgliche Landwirtschaft ohne den Einsatz von Pestiziden sowie artgerechte und auf den Einsatz von Antibiotika und Hormonen verzichtende Tierzucht ist uns ebenso wichtig wie die Stärkung der Versorgung aus der Region für die Region. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass keine gentechnisch manipulierten Pflanzen auf städtischen Flächen angebaut werden.

### **Wasserversorgung und Grundwasserschutz**

Die Trinkwasserversorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Die Bereitstellung von Wasser in hoher Trinkqualität wird durch verschiedene Maßnahmen wie z.B. Wasserschutzgebiete und wasserwirtschaftliche Vorrang- und Vorbehaltsgebiete sowie ein ganzheitliches Management des Einzugsgebiets sichergestellt. Wir legen daher auch ein besonderes Augenmerk auf den Grundwasserschutz sowie den Erhalt von sensiblen Schutzgebieten und Gebieten, in denen Wasser zur Trinkwassergewinnung genutzt wird. Wir wollen die hohe Qualität der Wasserversorgung sichern und zukünftig auch bei allen Baumaßnahmen die Flächenversiegelung und das ganzheitliche Grundwassermanagement mit einbeziehen. Wir möchten dem Trinkwasserschutz Vorrang vor konkurrierenden Projekten geben und kommunalpolitisch alternative Planungen gegen vermeidbare Risiken setzen. Ein Baustein im Trinkwasser- und Gewässerschutz ist die Reduzierung von Streusalz im Winter auf ein Minimum.

Das Grundwasser für Mönchengladbach wird auch durch den benachbarten Tagebau beeinflusst, da hier große Mengen Grundwasser abgepumpt werden müssen. Hierdurch sehen wir die Versorgung der Bevölkerung mit gutem Trinkwasser sowie den Erhalt von ökologisch wertvollen Feuchtgebieten der Stadt Mönchengladbach gefährdet. Die Wiedereinleitung von Wasser zum Erhalt der Feuchtgebiete ist nach



## **Mönchengladbach - Eine Stadt für Alle.**

---

unserer Auffassung daher noch weit über das Jahr 2100 erforderlich und liegt in der Kostenverantwortung von RWE.

Trinkwasser ist kostbar und zum Bewässern des Gartens zu schade. Wir möchten die Nutzung von Regenwasser als preiswerte und nachhaltige Alternative mehr ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen. Zisternen und Regentonnen sollten in allen Gärten zur Anwendung kommen.

Es ist höchste Zeit, den zunehmenden Starkregenereignissen aufgrund des Klimawandels mit nachhaltigen Maßnahmen zu begegnen. Unser Kanalsystem ist auf diese Wetterphänomene nicht vorbereitet. Wir wollen in der Stadt Konzepte entwickeln, um die zunehmende Überflutung von Kellern zu stoppen, z.B. durch Überflutungsflächen sowie Abbau von Versiegelungen des Bodens.

### **Weniger Müll in Mönchengladbach**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein für eine Stadt mit sauberer Luft und einer sauberen Umwelt. Zur Müllvermeidung und Ressourcenschonung ist die Beachtung des Wertstoffkreislaufes zwingend erforderlich. Wir wollen, dass kommunale Einrichtungen und Verwaltung im Rahmen ihrer Vorbildfunktion Verpackungsmaterialien aus Plastik sowie Einwegprodukte reduzieren sowie auf Industrie und Handel einwirken, um ein stärkeres Umdenken auch im Handel herbeizuführen.

Die Abfall- und Ressourcenpolitik in Mönchengladbach soll durch den Abfallwirtschaftsplan des Landes NRW wirksam begleitet werden. Wir stehen für eine höhere Recyclingquote, Einführung einer Wertstofftonne und eine konsequente Nutzung der Grün- und Bioabfälle.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Motivation und Aufklärung der Bürger. Starke öffentliche Kampagnen sowie Umweltbildung und Umweltaufklärung nicht nur an Kindergärten und Schulen sollen dazu beitragen, dass das achtlose Wegwerfen von Müll abnimmt und man besser versteht, wozu der getrennt gesammelte Abfall nutzbringend verwendet werden kann. Durch verbesserte Quartiersarbeit kann eine bessere Identifikation der Bürger\*innen mit ihrem Wohnumfeld erreicht werden und hierdurch eine höhere Sauberkeit im Stadtbild.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass privater Haus- und Sperrmüll von Mönchengladbacher Bürger\*innen an den Wertstoffhöfen kostenlos abgegeben werden kann. Dies ist nach unserer Ansicht ein wichtiger Baustein zur Vermeidung von wildem Müll im Stadtgebiet. Gebührenanreize können zur Abfallvermeidung und zur besseren Mülltrennung herangezogen werden.

Die Bemessung der Größe der Reststofftonnen pro haushaltszugehörige Person hat in großen Teilen der Bevölkerung zur Unzufriedenheit und zum Ablehnen des Abfallsystems geführt und trägt nicht dazu bei, Müllmengen zu vermeiden. Wir plädieren für eine realitätsnahe Bewertung der Größe der Abfalltonnen der einzelnen Haushalte, um eine gerechte Verteilung der Müllgebühren zu erreichen.



Eine Erhöhung der Anzahl von öffentlichen Mülleimern und Aschenbechern mit einer Vorrichtung für Pfandflaschen, z.B. Pfandringe, mehr Containerstandorte für Wertstoffe wie Glas und Papier in Mönchengladbach sowie eine häufigere Leerung und Reinigung tragen ebenfalls zur Vermeidung von wildem Müll bei. Im Außendienst streben wir die personelle und zeitliche Aufstockung der entsprechenden Unternehmen und Kooperationen mit den Ordnungsbehörden an. Weiterhin setzen wir uns für die Verschmelzung von GEM und mags ein.

### **Ökologisches Bauen und Wiederverwertbarkeit fördern**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ökologisches Bauen ein. Die Stadt und auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen als Vorbild dienen und Bauprojekte unter dem Gesichtspunkt der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit realisieren. Wir setzen uns unter anderem dafür ein, dass die Stadt Mönchengladbach Fassaden- und Dachbegrünung stärker fördert. Hierdurch können nicht nur die Bushaltestellen, sondern auch die stadteigenen Immobilien und die der städtischen Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaften begrünt werden.

Ebenfalls wollen wir auf die Einhaltung der Klimaschutzstandards bei Neubauten achten, gerade auch im kommunalen Bereich. Wir wollen die aktive Förderung von Sanierung und Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen nicht nur bei städtischen Gebäuden voranbringen.

Wir sehen die Kommune als Vorbild für die Bürger\*innen und möchten erreichen, dass kommunale Bauprojekte möglichst nach dem sogenannten Cradle-to-Cradle-Konzept gebaut werden. Hierbei wird in kompletten Produktkreisläufen gedacht und das verwendete Material soll nach dem Gebrauch im Rahmen einer Nachnutzung weiterverwendet oder ohne schädliche Rückstände kompostiert werden können. Dies bedeutet z. B. eine Bauweise, bei der neben der Auswahl der Materialien auch die Umwelt und das Umfeld mit einbezogen werden.

### **Energiekosten senken**

Die Energiekosten sind in vielen Haushalten ein erheblicher Kostenfaktor, verursacht in vielen Fällen durch veraltete und damit verbrauchs- und kostenintensive Technik. Hier setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Beratung der Haushalte durch verschiedene Institutionen in Mönchengladbach inklusive Agentur für Arbeit und Jobcenter. Für Empfänger\*innen von Leistungen nach dem SGB II möchten wir eine kostenlose Energieberatung anbieten sowie für diesen Personenkreis die Beschaffung energiearmer Haushaltsgeräte bezuschussen.

Durch Aufklärung und Beratung über ökonomisch sinnvolle Handlungsweisen sehen wir eine Möglichkeit, Energiekosten relativ einfach zu senken.

## **1.2. Zukunftsorientierte Mobilität**

Eine drangvolle Enge auf den Straßen vor allem durch den Autoverkehr, verbunden mit zunehmender Luftverschmutzung, Lärm, fehlendem Parkraum und zunehmende Unfallzahlen mit Todesopfern führen zwingend zu der Einsicht, dass wir eine Verkehrswende brauchen, die den Menschen und die Umwelt in den Vordergrund rückt.

## **Mönchengladbach - Eine Stadt für Alle.**

---

Die Aufenthaltsqualität in Mönchengladbachs Innenstadt soll erhöht werden und zum Verweilen einladen. Auch Kinder in der Innenstadt brauchen Raum, um Fahrrad zu fahren und ihre Umgebung zu erkunden und zu spielen. Die Gehwege in dieser Stadt sollen für alle Menschen in jeder Lebenssituation uneingeschränkt verfügbar gemacht werden.

Mönchengladbach muss sich gegen den Schwerlastverkehr wehren, der sich unter Umgehung der Maut und Staus auf den Autobahnen täglich aus unseren Nachbarkreisen durch die Stadt in Richtung Düsseldorf auf die A52 und die A44 wälzt.

Wir bevorzugen daher alle nachhaltigen und verkehrsreduzierenden Transportmittel. Unser langfristiges Ziel sind die autofreien Innenstädte in Mönchengladbach und Rheydt und der Umbau der Straßen hin zu einem sicheren, barrierefreien und gleichberechtigten Verkehrsweg für alle Verkehrsteilnehmer. Dies führt zu einer Änderung bei der Planung von Fuß- und Radwegen, Straßen, Ampelschaltungen und Parkflächen. Der ÖPNV muss vollkommen neu überdacht und ausgebaut werden. In die Innenstadt dürfen nur Fahrräder, Taxen, Busse und Anlieger\*innen, wenn wir nicht einen Verkehrsinfarkt mit allen negativen Konsequenzen erleben wollen.

Es ist unser vorrangiges Ziel, Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen in besonderem Maße zu schützen.

Der Ausbau von Carsharing und Fahrradverleih ist begrüßenswert und sollte weiter gefördert werden. Ein kostenloser, qualitativ hochwertiger ÖPNV muss das Ergebnis all unserer Bemühungen sein.

Um die Verkehrswende zu finanzieren, müssen die Straßenbaumittel zukünftig für alle nachhaltigen und verkehrsreduzierenden Transportmittel vorrangig verwendet werden.

### **Tempolimit**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen ein allgemeines Tempolimit von maximal 30 Km/h für alle Straßen im Stadtgebiet mit einzelnen Ausnahmen. Für Straßen, die hiervon ausgenommen werden sollen, bedarf es einer separaten Genehmigung. Diese Maßnahme räumt mit dem Schilderwald in der Stadt auf.

### **E-Mobilität**

Auch E-Autos werden noch lange mit Strom aus Kohle und Gas betrieben. Daher sprechen wir uns dafür aus, andere nachhaltige Verkehre wie den ÖPNV vorrangig zu fördern. Trotzdem müssen wir der jetzigen Offensive zum Thema E-Auto Rechnung tragen und den Ausbau von Ladestationen für E-Autos stärker vorantreiben. E-Autos sorgen für emissionsfreies Fahren in der Stadt und reduzieren die Lärmbelästigung. Die Einrichtung von Ladestationen für Elektromobilität sind Bausteine in einem modernen Mobilitätskonzept.

Die neuen E-Roller sehen wir GRÜNEN derzeit kritisch. Ob sie angenommen werden und sich im Straßenverkehr bewähren können, wird sich zeigen. Die derzeitigen Methoden zur Rohstoffgewinnung für die Akkus lehnen wir in weiten Teilen ab. Diese erfolgt unter Umgehung von Kinderschutz und Umweltschutzaufgaben.



### **Verbesserung an Ampeln**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine prioritäre Ampelschaltung für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen an Kreuzungen ein. Dies hat aus unserer Sicht folgende Vorteile: Haben Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen eher und gleichzeitig grün als der Autoverkehr, erhöht dies zum einen die Attraktivität von Fuß- und Radverkehr, weil man bevorzugt behandelt wird und schneller vorwärtskommt und zum anderen erhöht dies maßgeblich die Sicherheit von Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen, weil sie nicht von abbiegenden Autos übersehen und überfahren werden.

Countdownampeln, die anzeigen, wie viele Sekunden die Rotphase noch dauert, können die Verkehrssicherheit erhöhen. Daher wollen wir uns für die Einführung dieser Ampeln in Mönchengladbach einsetzen.

Bettelampeln, die nicht zügig auf den Tastendruck reagieren, wollen wir abschaffen, da sie keinen echten Vorrang für Fußgänger\*innen/Radfahrer\*innen bieten. Dies ist nur durch eine schnelle Umschaltung gewährleistet.

### **Kreisverkehr anstelle von Ampeln**

Wir sprechen uns für die Planung von Kreisverkehren in Mönchengladbach aus. Diese zeichnen sich durch eine höhere Verkehrssicherheit sowie kürzere Fahrzeiten aus und führen zu einem Absinken der Umwelt- und Lärmbelastung. Sie sind wirtschaftlich und haben eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung.

### **Mehr Platz und Vorrang für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen**

Parkende Autos beanspruchen wertvollen Platz, der dem Fußgänger\*innen- und Radverkehr fehlt. Würde man einen großen Teil der als Parkflächen ausgewiesenen Streifen aufheben, bekäme man Platz für Radwege und Radstreifen bzw. Fußwege oder könnte ihn anderen bevölkerungsfreundlichen Nutzungen zuführen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Erstellung eines Fußwegekonzeptes gleichwertig zu den Konzepten der anderen Verkehrsarten ein. Gehwege müssen in einen durchgehend guten Zustand und gute Breite gebracht werden. Straßen sollen barrierefrei und angenehme Orte sein, an denen man sich gerne aufhält und deren Angebote man gerne nutzt. Straßenüberquerungen müssen durch ausreichend lange Grünphasen, gut sichtbare Fußgänger\*innenüberwege und barrierefreie Übergänge für alle Bürger\*innen gefahrlos möglich sein. Zur Erhöhung der Schulwegsicherheit wollen wir, dass Fußwege, die zu Kitas und Grundschulen führen, bevorzugt saniert und ausgebaut werden.

Mönchengladbach braucht ein Netz von Fahrradwegen welches den Autotrassen ebenbürtig ist. Viele Radwege sind sanierungsbedürftig und ihre Nutzung ist nur mit Gefährdung möglich. Hier wollen wir die Instandhaltung und den Ausbau vorantreiben sowie die Einrichtung von Radwegen an möglichst allen Straßen. Die Schaffung von breiten Radwegen, die über dem gesetzlichen Mindestmaß sind, erhöhen die Akzeptanz für die Nutzer\*innen.

Mönchengladbach benötigt wesentlich mehr sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder im gesamten Stadtgebiet, z.B. an Bushaltestellen, in Wohnstraßen und

## **Mönchengladbach - Eine Stadt für Alle.**

---

Innenstädten. Wir GRÜNEN setzen uns für die Einrichtung kostenloser Parkhäuser für Fahrräder und Roller in den Innenstädten ein.

Wir wollen den Ausbau von durch physische Barrieren wie Poller, geschützte Radstreifen, die auf der Straße verlaufen, die sogenannten Protected Bike Lanes. Diese können so nicht von Autofahrern zugeparkt werden und auch Nicht-Alltagsfahrer sowie Kinder und ältere Verkehrsteilnehmer können sich hier sicher fühlen, weshalb die Akzeptanz zur Nutzung des Rades steigt.

Eine grüne Welle für den Radverkehr und mehr Fahrradstraßen sind notwendig. Die sinnvolle Einrichtung von Umweltpunkten wollen wir prüfen. Es ist mehr Öffentlichkeitsarbeit notwendig, um die Autofahrer\*innen auf die Einhaltung des Sicherheitsabstands von 1,50m zu sensibilisieren. Zur Sicherheit der Radfahrer\*innen muss es auch eine Räumpflicht der Radwege im Winter geben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen sich dafür einsetzen, den Ankauf von Lastenrädern mit kommunaler Hilfe zu fördern, wenn diese mindestens zwei Jahre lang anstelle von PKWs genutzt werden. Moderne Räder und insbesondere E-Bikes können Menschen innerstädtisch ähnlich schnell transportieren. Dies gilt im gleichen Maß für Lasten-E-Bikes. Diese Räder brauchen einen sicheren Platz auf der Straße. Die E-Bike-Lane ist eine konsequent durchgezogene Spur, die für den zügigen Radverkehr und für Pedelecs reserviert ist. Anders als herkömmliche Radwege wird sie nicht auf dem Bürgersteig weitergeführt, wenn die Straße zu eng ist. Sie genießt klare Vorfahrt und kann nach und nach auf allen Haupttrouten eingerichtet werden.

Wir unterstützen die „Initiative Aufbruch Fahrrad“.

### **Schaffung eines attraktiven ÖPNV-Angebots**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten die Wiedereinführung der Straßenbahn, beginnend mit der Verbindung Limitenstraße von Rheydt nach Mönchengladbach; im ersten Bauabschnitt vom Bahnhof Rheydt nach Hbf Mönchengladbach mit einem zweiten Bauabschnitt bis zum Nordparkstadion.

Viele Autofahrer\*innen werden nur dann den Wechsel zum ÖPNV vollziehen, wenn die Nutzung einfach und unkompliziert ist. Die Preise müssen einfacher und billiger, vor allem aber muss der ÖPNV schneller und zuverlässiger als das Auto werden.

Daher setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

Der ÖPNV wird mit enger Taktung flächendeckend ausgebaut, auch von sog. Nebenzentren und zwar zumindest in Zeiten von Berufs- und Schulverkehr. In Stoßzeiten und an Wochenenden sollten die Buskapazitäten entsprechend angepasst werden. Diese Regelung gilt auch für Feiertage. Zug- und Bustaktung müssen sich in naher Zukunft angleichen.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der Busverkehr auf der Hindenburgstraße in Zukunft wieder in beide Richtungen für die Bürger\*innen angeboten wird.



Um mehr Menschen dazu zu bewegen, auf den ÖPNV umzusteigen, sollten attraktive Rabattsysteme für alle Bevölkerungsgruppen angeboten werden. In vielen Orten testet man mittlerweile Varianten des kostenlosen ÖPNV. Auch in Mönchengladbach sollte dieses Projekt Schritt für Schritt begonnen werden. Wir GRÜNEN sprechen uns dafür aus, am Wochenende beispielsweise den MöBus kostenfrei anbieten. Der kostenfreie Bus wird mit dem Angebot zentraler Parkplätze gekoppelt. Langfristig begrüßen wir die Einführung eines preisgünstigen NRW-Tickets.

Ebenfalls wollen wir uns für Maßnahmen zu mehr Sauberkeit und Sicherheit an Haltestellen einsetzen.

### **Verbesserung auf der Schiene**

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass der schienengebundene Verkehr in die Region ausgebaut und Taktzeiten verbessert werden. Wir brauchen dazu mehr und schnellere Verbindungen. Aber auch die Zugverbindung in die Niederlande wollen wir stärken. Dafür setzen wir uns für eine schnelle Wiederherstellung einer zweigleisigen Verbindung nach Venlo ein. Gleichzeitig wollen wir die umweltverträgliche Herstellung der S28 nach Kaarst.

Wir unterstützen ebenfalls, dass der Schienenbus von Mönchengladbach nach Dalheim zukünftig auch nach Roermond fährt.

### **Flughafen**

Einen Ausbau der Landebahn des Flughafens Mönchengladbach lehnen wir strikt ab. Wir sind für die Stilllegung des Verkehrslandeplatzes MG, vor allem wegen des jährlich anfallenden Millionendefizits, das die Stadt zu tragen hat.

Wir wollen uns dafür einsetzen und überprüfen lassen, ob das in Teilen der Stadt immer größer werdende Fluglärmaufkommen mit in den Lärmaktionsplan aufgenommen werden kann. Lärm ist für viele Menschen nicht nur ein Ärgernis, sondern auch eine ernsthafte Gesundheitsgefahr. Lärm macht krank! Nicht nur hohe Lärmspitzen, sondern auch gerade Dauerlärmpegel sind dabei ein Problem.



*Auf der Suche nach den schönsten Grünflächen: Unseren zweiten Platz des Fotowettbewerbes 2019 gewann F. Höngen.*

## 2. Demokratisches Mönchengladbach

### 2.1. Wirtschaft

#### **Mönchengladbach in der Grenzregion**

In Mönchengladbach erleben wir die Chancen, die uns die EU bietet und wir profitieren durch unsere Grenznahe sehr vielfältig davon. Als Stadt mit einer großen Nähe zu den Niederlanden wollen wir die Möglichkeiten, die sich in der Euregio mit der Nähe zu den Städten Venlo und Roermond bieten, stärker für unsere Bürger\*innen erkennbar machen. Dazu schlagen wir als ersten Schritt die Einrichtung einer Stabsstelle innerhalb der Stadtverwaltung im Dezernatsbereich des/der Oberbürgermeister\*in vor. Neben der Recherche zu allen Förderprogrammen und Fragen der Europäischen Union sollen auch Bürger\*innen dieses Angebot nutzen. Hier können auch die Zusammenarbeit mit der Euregio Rhein Maas Nord, die Städtepartnerschaften, die Eine Welt Aktivitäten der Stadt Mönchengladbach und die Zusammenarbeit in der Metropolregion Rheinland angesiedelt sein.

#### **Green Economy**

Wirtschaft, Handel und Handwerk sowie Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit im Bereich Klima- und Umweltschutz schließen sich nicht länger aus.

Viele Unternehmen zeigen sich längst aufgeschlossen, nachhaltige Produktionsprozesse, die Abfallvermeidung sowie die Reinhaltung von Luft und Gewässer als verpflichtende Aufgabe zu sehen und in ihre Betriebe einzubringen. Wir wollen daher Rahmenbedingungen schaffen, diese Veränderungen schneller und tiefer vornehmen zu können.

Die „Green Economy“ bietet viele Chancen für profitable Geschäftsmodelle. Wir wollen diese Potenziale aufzeigen und die Transformation dahin fördern. Die städtischen Töchter und die Interessensvertreter\*innen der Unternehmerschaft sollen prüfen, wie ökologische Gesichtspunkte vorteilhaft für Unternehmen umgesetzt werden können.

#### **Mittelstand stärken**

Die städtische Wirtschaftspolitik der letzten Jahre war geprägt von dem Ansatz, möglichst viele Firmen im Bereich der Logistik anzusiedeln. Hierdurch entstanden vorwiegend Arbeitsplätze in unteren Lohngruppen. Eine positive Wirkung für die Bürger\*innen dieser Stadt und eine dauerhafte signifikante Senkung der Arbeitslosigkeit konnte nicht verzeichnet werden. Die städtischen Tochterfirmen, wie z.B. die Wirtschaftsförderung Mönchengladbach GmbH, müssen ihren Fokus auf die Kerninteressen der lokalen mittelständischen Wirtschaft richten.

Wir setzen daher auf die Rückbesinnung und Stärkung des lokalen Mittelstandes und wollen gemeinsam Ideen für innovative Produktansätze entwickeln und nachhaltige Arbeitsplätze schaffen. Lokale, traditionelle Unternehmen sind eine Stütze der Stadt hinsichtlich ihrer Arbeitsplatzverantwortung und auch bezogen auf ihren Steuerbeitrag. Hier gilt es dafür zu sorgen, dass Abwanderungen verhindert werden und der Wunsch nach Ausbau oder Standortoptimierung unterstützt wird.

### **Gründerszene / Start ups**

Der Ausbau der Hochschule Niederrhein setzt wichtige Impulse auch für die örtliche Wirtschaft. Daher befürworten wir mehr Forschung an der Hochschule und eine verstärkte Kooperation zwischen hiesigen Firmen und hochschulnahen Instituten. Eine Vernetzung führt zu kreativen Ergebnissen. Ziel sind Spin-offs oder die Gründung von Start-ups. Hierfür wollen wir geeignete Maßnahmen initiieren.

### **Einzelhandel**

Die Fläche des Einzelhandels ist in der Vergangenheit stark gestiegen. Der Einzelhandel befindet sich aber in einem Strukturwandel: Die Digitalisierung führt zunehmend zu einem veränderten Kaufverhalten; der Online-Handel wächst im Vergleich zum traditionellen Einzelhandel überproportional stark an, denn die Menschen kaufen mehr und mehr über das Internet ein.

Der privatgeführte Fachhandel steht seit längerer Zeit besonders unter Druck. Die Veränderungen der Discounter und Supermarktketten durch eine enorme Angebotserweiterung von reinen Lebensmitteln bis hin zu einem allumfassenden Sortiment, wie Computer, Dekoration, Schreibwaren, Möbel usw. hatte weitreichende Auswirkungen. Daraus resultierende Geschäftsschließungen, selbst in „besten“ Lagen, sind gerade in den Innenstädten unübersehbar. Dieser Leerstand ist nicht nur optisch, sondern auch wirtschaftlich untragbar. Wir wollen die Vielfalt im Einzelhandel stärken und eine Nutzungsumwandlung von Einzelhandelsflächen erleichtern und fördern.

Es dürfen keine weiteren Einzelhandelsflächen auf der „grünen Wiese“ genehmigt werden.

## **2.2. Rathausneubau**

Wer ein neues und modernes Rathaus für Mönchengladbach will, muss erst einmal die Rahmenbedingungen prüfen, wie z.B. an welchen Standorten die Verwaltung in den nächsten Jahrzehnten arbeiten könnte und welche Verwaltungseinheiten an welchen Standorten zusammengefasst werden sollten. Es müssen Alternativen zur Debatte gestellt werden. Kosteneinsparungen, die man durch Digitalisierung und Umstellung auf neue Büroformen erzielen könnte sowie mehr Effizienz und Zufriedenheit bei den Mitarbeiter\*innen der Verwaltung ließen sich genauso gut an anderen Standorten umsetzen, möglicherweise sogar besser. Das muss aber erst einmal untersucht werden.

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich schon jetzt, dass das Risiko, das dieses Bauvorhaben sowohl den Kosten- als auch den Zeitrahmen sprengt, extrem hoch ist. Die anfangs avisierten Baukosten über 160 Mio. € scheinen obsolet, da bereits von 200 Mio. € Kosten die Rede ist, obwohl mit dem Bau noch nicht einmal begonnen wurde. Die Randbedingungen, das Rheydter Rathaus am alten Standort umzubauen, machen das Projekt fast unkalkulierbar im Hinblick auf Kosten und Bauzeit inklusive den damit verbundenen Einschränkungen für Anlieger und Handel: Der Umbau ist bei laufendem Betrieb geplant.



Weiter müssen viele Auflagen in Denkmalbelangen berücksichtigt werden. Auf mehreren Baufeldern müssen parallel Gebäudeteile abgebrochen und neu gebaut werden.

Der Neubau eines Rathauses in Rheydt muss neben den Vorteilen für die Verwaltung einen Mehrwert für diesen Stadtteil, insbesondere seiner Mitte erbringen, bspw. durch neue witterungsgeschützte Raumangebote und die Integration innenstadtbelebender Nutzungen auch für den Abend und das Wochenende.

Die Nachhaltigkeit und Qualität darf nicht auf der Strecke bleiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen daher den Neubau eines Rathauses in der jetzt geplanten Form am Standort Rheydt ab.

### **2.3. Digitalen Wandel aktiv gestalten**

Die fortschreitende Digitalisierung unseres Lebens bringt viele Vor- und Nachteile mit sich. Wir genießen es, uns jederzeit informieren und vernetzen zu können. Datenansammlungen großer Konzerne sind äußerst bedenklich. Die immer stärker auftretenden Verrohung der Sprache schadet unserer Demokratie nachhaltig.

Wir GRÜNEN setzen uns daher dafür ein, Digitalisierung aktiv zu gestalten und durch politische Rahmenbedingung dafür zu sorgen, dass sie allen Menschen dient und Arbeitsplätze schafft.

In Mönchengladbach setzen wir uns für eine digitalisierte Stadtverwaltung ein. Durch Online-Anträge verbessert sich der Service erheblich. Selbstverständlich dabei ist Datenschutz auf höchstmöglichem Niveau. Weiterhin soll die Möglichkeit der analogen Antragstellung vor Ort bestehen bleiben.

Zudem bietet der digitale Raum unzählige Möglichkeiten, um Konsum nachhaltiger zu gestalten, allen voran Modelle der Sharing Economy, wie z.B. Foodsharing, Carsharing. Der Stadt sollte dabei eine Informationsfunktion zukommen, sie soll über Angebote innerhalb des Stadtgebiets informieren und sie auf einer Plattform oder App bündeln. Als besonders wichtig und zukunftsweisend auf diesem Gebiet ist der vernetzte Verkehr zu nennen, mit dem sich zukünftig hohe Mengen an CO<sup>2</sup> einsparen lassen können.

Produktion und Vertrieb können zunehmend effizienter und ökologischer gestaltet werden. Hier gilt es Anreize für innovative Unternehmen zu schaffen.

Damit die Stadt als Ganzes umwelt- und menschenfreundlicher wird, gibt es viele verschiedene Ansätze, die sich unter dem Oberbegriff Smart City zusammenfassen lassen. Dabei geht es um die digitale Vernetzung innerstädtischer Prozesse, damit Energie im Verkehr und der Versorgungstechnik gespart werden kann. Neue Formen der Bürgerbeteiligung werden möglich.

Wir wollen städtische Kooperationen mit Hochschulen fördern, um innovative Ideen in diesen Bereichen zu stärken und Fachkräfte für Mönchengladbach zu gewinnen.

## **Mönchengladbach - Eine Stadt für Alle.**

---

Es gilt außerdem zu überprüfen, inwiefern städtische Neuanschaffungen im Bereich IT-Hardware unter Berücksichtigung ökologischer und nachhaltiger Kriterien getätigt werden können. Wir bevorzugen die Nutzung der Charity-Suchmaschine „Ecosia“ auf allen städtischen Computern, da diese CO<sup>2</sup>-neutral arbeitet und 80% ihrer Einnahmeüberschüsse an gemeinnützige Naturschutzorganisationen spendet.

### **2.4. Finanzen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine nachhaltige Haushaltspolitik.

Wir wollen in die Zukunft investieren und nachfolgenden Generationen keine unbezahlbaren Schulden hinterlassen. Dabei stellen der gerechte Zugang zu Bildung, Umwelt- und Klimaschutz und die soziale Stabilität wichtige politische Handlungsfelder dar.

Es war, ist und bleibt unser erklärtes Ziel, nachfolgenden Generationen eine Stadt mit einem ausgeglichenen Haushalt zu übergeben und auf absehbare Zeit die Schulden der letzten Jahrzehnte wieder zurückzuzahlen. Einnahmemöglichkeiten und auch Einsparmöglichkeiten der Kommune wollen wir auf den Prüfstand bringen. Städtische Beteiligungen wollen wir bezüglich ihrer unternehmerischen Zielsetzung auf Wirtschaftlichkeit, Notwendigkeit und auch Einsparpotenzial überprüfen.

Mönchengladbach gehört zu den Städten mit besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage, einem überdurchschnittlich hohen Anteil an SGB-II-Bezieher\*innen und einem hohen Anteil an gering qualifizierten Menschen mit langer Dauer der Arbeitslosigkeit.

Doppel- und Mehrfachstrukturen bei der Stadtverwaltung sind zu vermeiden. Um Mittel für politische Initiativen zu erhalten, müssen Kooperationen in den Bereichen Sport, Kultur, Planungspolitik und Wirtschaftsförderung etc. eingegangen werden. Die nachhaltig wirksame Investition in Bildung, Arbeitsmarkt und soziale Qualität ist eine der wichtigsten Aufgaben.

Die Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen muss gestärkt werden. Neue Kooperationen im Bereich der Abfallentsorgung, des Tourismus und des Öffentlichen Nahverkehrs etc. werden wir aus- und aufbauen. Eine ruinöse Standortkonkurrenz mit öffentlichen Mitteln lehnen wir ab. Eine Politik, die gewinnträchtige städtische Gesellschaften privatisiert und Zuschussgeschäfte in öffentlicher Hand belässt, lehnen wir ab. Für einen Defizitenausgleich und Schuldenabbau durch Vermögensverzehr oder Privatisierung städtischer Unternehmen stehen wir nicht zur Verfügung.

### **2.5. Bürger\*innenbeteiligung**

Unser demokratischer Staat lebt von der Beteiligung der Menschen vor Ort. Demokratisch mitzuwirken, bedeutet aber viel mehr als in regelmäßigen Intervallen das Wahlrecht wahrzunehmen. Eine gewisse Demokratieverdrossenheit lässt sich an der seit langem immer geringer werdenden Wahlbeteiligung in gewissen Bezirken ablesen. Besonders in Zeiten, in denen nationalistische Bewegungen weltweit wieder salonfähig werden, gilt es die Bürger\*innenbeteiligung in ihrer gesamten



Bandbreite zu stärken. Wir gehören u.a. dem Bündnis „Mönchengladbach stellt sich quer“ an. Wir GRÜNEN werden alles tun, um die Möglichkeiten und Errungenschaften unserer demokratischen Grundordnung zu verteidigen. Dazu ist eine breite Bürger\*innenbeteiligung von elementarer Bedeutung.

### **Hilfe für alle: Gemeinsam stark**

Mönchengladbach lebt von seiner sozialen Tradition und dem Zusammenhalt der Menschen.

Alleine ist man oft machtlos und weiß sich nicht zu helfen. Wir sehen unsere Aufgabe in der Stärkung von Angeboten wie den Verbraucherschutz, um den betroffenen Bürger\*innen in Mönchengladbach zu Ihrem Recht zu verhelfen. Für die zahlreichen Institutionen ist dabei vor allem Planungssicherheit wichtig. Unsere Idee ist daher eine langfristige kostendeckende und damit planungssichere Finanzierung der freien Träger und Hilfsangebote der Stadt.

Die Stadt selbst muss näher an die Bürger\*innen rücken. In einer globalisierten und digitalisierten Gesellschaft wird Verstehen immer wichtiger. Wir wollen daher offizielle Schreiben in wenigstens vier Fremdsprachen, z.B. Englisch, Französisch, Spanisch, Türkisch, und auch in einfacher Sprache anbieten.

### **Bürgerschaftliches Engagement unterstützen**

Die Menschen in Mönchengladbach engagieren sich vielfältig für ihre Heimatstadt in Initiativen und Vereinen oder als Einzelperson: im sozialen Bereich, im Brauchtum, Sport, Kunst und Kultur, Integration, Flüchtlingshilfe oder Umweltschutz. Ohne diese Unterstützung wäre das Leben in unserer Stadt deutlich ärmer. Wir GRÜNE, selbst aus Bürger\*innenbewegungen entstanden, haben solche Initiativen immer unterstützt und werden dies auch weiterhin tun.

Gerade der Einsatz für karitative, soziale oder gesellschaftliche Projekte könnte aber durch die Stadt besser gefördert werden. Bürgerschaftliches Engagement soll stärker durch personelle und räumliche Ressourcen von der Stadt unbürokratisch unterstützt und gefördert werden. Dazu gehört auch, dass gemeinnützige Vereine städtische Räume und Flächen für Feste und Veranstaltungen, die keinem wirtschaftlichen Zweck dienen, gegen eine geringe Gebühr nutzen dürfen. Insgesamt bleibt immer noch viel Potenzial ungenutzt.

Fakt ist jedoch, dass die Impulse überwiegend von der engagierten Bevölkerung oder von Initiativen ausgehen. Bürgerschaftliches Engagement kann auch unauffällig aber nicht weniger bedeutend ausfallen, z.B. im karitativen Bereich, wo mit viel Selbstlosigkeit, ohne großes Aufsehen, ehrenamtlich Enormes geleistet wird. Darum streben wir weiterhin eine Gesamtstrategie der Stadt zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit Bürger\*innen an.

Eine Bürger\*innenstiftung, wie wir sie seit langem anregen, ist eine geeignete Form, das Engagement zu fördern.



### **Bürger\*innen stärker in Planungsprozesse einbeziehen**

Mönchengladbach hat sich in den letzten Jahren seinen Bürger\*innen mehr geöffnet. Dennoch sind die Ergebnisse vieler Prozesse schwer nachzuvollziehen und Fragen der Finanzierung oft nicht transparent. Bei wichtigen Entscheidungen, zum Beispiel kostenintensiven Investitionen oder städtebaulich bedeutsamen Projekten, sehen wir es als notwendig an, die Bürgerschaft stärker und bereits frühzeitig in den Planungsprozess einzubeziehen und aktiv zu beteiligen. Aus diesem Grund setzen wir uns von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass die Bürger\*innen in den Bezirksvertretungen und im Stadtrat ein Rederecht erhalten.

Wichtiges Mittel hierzu ist es, Transparenz in den Verwaltungsabläufen und Entscheidungsvorlagen herzustellen. Auf der Grundlage unseres bisherigen Einsatzes wollen wir weiterhin, dass Informationen wie Statistiken, Gutachten, der Flächennutzungsplan und sämtliche Bebauungspläne für die Bürger\*innen leicht auffindbar auf den Internetseiten der Stadt Mönchengladbach eingestellt werden. Im gesetzlich möglichen Rahmen sollen hierzu auch die städtischen Beteiligungsgesellschaften angehalten werden.

### **Einführung eines Bürgerhaushalts**

Insbesondere für finanzschwache Kommunen wie Mönchengladbach, in der alle Ausgaben mehrfach auf den Prüfstand kommen oder einschneidende Maßnahmen und Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu verantworten sind, ist der Bürger\*innenhaushalt eine gute Maßnahme, um Entscheidungen auf eine breite Basis zu stellen. Hierbei erhalten die Bürger\*innen der Stadt die Möglichkeit, auf Beteiligungsebene die Zukunft der Stadt mitzugestalten, indem sie mit ihren Ideen und Vorschlägen in den Haushaltsentscheidungsprozess einbezogen werden. Der Bürger\*innenhaushalt ist nicht nur ein wirkungsvolles Werkzeug der Bürger\*innenbeteiligung. Er ermöglicht auch kreative Lösungsansätze und Schwerpunktsetzungen, selbst in einer angespannten Haushaltssituation.

### **Das kommunalpolitische Praktikum**

Was in anderen Städten schon erfolgreich angeboten wird, sollte auch bei der Verwaltung Mönchengladbach ein Baustein politischer Bewusstseinsbildung und praktischer Bürger\*innenbeteiligung sein.

In einem 14-tägigen freiwilligen Praktikum lernen Schüler\*innen oder Auszubildende, wie Kommunalpolitik praktisch funktioniert. Dabei erfahren sie nicht nur Wichtiges über Entscheidungswege, Fraktionen, Rat, Ausschüsse und Verwaltung, sondern lernen auch die handelnden Politiker\*innen persönlich kennen.

Das Praktikum wird mit einem Zertifikat abgeschlossen.

Die Forderung nach weiteren wichtigen Beteiligungsmöglichkeiten im vorparlamentarischen Raum wie ein Kinder- und Jugendbeirat oder der Seniorenbeirat wird in den dazugehörigen Kapiteln beschrieben.



### **Integrationsrat – Interessen stärken**

Der Integrationsrat hat innerhalb der Verwaltung beratende Funktion: Er kann auf Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Politik in Mönchengladbach einwirken und soll die interkulturelle Kompetenz innerhalb der Verwaltung verbessern. Er ist Schnittstelle zwischen kulturellen und religiösen Gruppen; als Interessenvertretung fördert er den Austausch zwischen den Kulturen und den Menschen in unserer Stadt. Die Zusammenlegung der Wahl des Integrationsrates mit der Kommunalwahl sehen wir als ein positives Zeichen, denn es bringt symbolisch zum Ausdruck, was zusammengehört. Die Rechte des kommunalen Integrationsrats wollen wir ausweiten. Statt nur auf Stellungnahmen beschränkt zu sein, sollte der Integrationsrat z.B. auch Initiativrechte haben.



*Auf der Suche nach den schönsten Grünflächen: Unseren dritten Platz des Fotowettbewerbes 2019 gewann A. Demmerling.*

### **3. Lebendiges Mönchengladbach**

#### **3.1. Vielfalt und Zusammenhalt in Mönchengladbach**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streiten für eine offene und vielfältige Gesellschaft. Wir setzen uns gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung ein. Denn für uns gilt: Die Würde des Menschen ist unantastbar – wie es in Artikel 1 unseres Grundgesetzes heißt – und zwar unabhängig von Geschlecht, Abstammung, sexueller Identität, Religion oder Weltanschauung, von Behinderung oder Alter.

Wir suchen dabei den Schulterschluss mit den Gruppen und Projekten in der Stadt, die sich ebenso für eine solidarische Bürgerrechts- und Gleichstellungspolitik einsetzen. Wir arbeiten an einer offenen und diskriminierungsfreien Stadt für alle!

Die gleichberechtigte Teilhabe von allen Menschen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist und bleibt ein Kernziel grüner Politik. Natürlich wurde schon viel erreicht - aber nichts davon ist selbstverständlich. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch für das, was politisch schon erreicht wurde, offensiv eintreten.

#### **3.2. Gleichberechtigung umsetzen**

Wir unterstützen grundsätzlich alle Beratungseinrichtungen und Institutionen,

- die sich für die Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft einsetzen,
- die sich bei allen Formen von Bedrohung oder Gewalt unterstützen und
- die Benachteiligungen aufgreifen und entgegenwirken.

Sie leisten wichtige Hilfen für alle Mitmenschen in Krisen und Not.

#### **3.3. Inklusion ist Menschenrecht**

Grund- und Menschenrechte sind unteilbar und unveräußerlich. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und auf den Schutz vor Diskriminierung. Der Bund, das Land und auch unsere Kommune haben die unmittelbare Pflicht, die Würde und die Rechte jedes Menschen zu achten, Einschränkungen dieser Rechte und der Menschenwürde durch andere öffentliche oder private Akteure so gut es geht zu verhindern und mit Angeboten und Leistungen der Daseinsvorsorge und den Methoden der integrierten Stadtplanung Teilhabe für alle tatsächlich zu gewährleisten.

Spätestens seit 2009 steht das Programm der UN-Behindertenrechtskonvention auch in Deutschland unter dem Schlüsselbegriff Inklusion auf der politischen Agenda. Inklusion muss endlich als ein Menschenrecht umgesetzt werden.

Wir machen die Inklusion zu einem Leitziel unserer Politik für alle Menschen in Mönchengladbach. Nur eine inklusive Stadtgesellschaft bietet Menschen mit und ohne Behinderungen, jeder sozialen oder ethnischen Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Identität, Religion, Weltanschauung und jeden Alters gleiche Rechte und Chancen für ein selbstbestimmtes Leben und schützt sie vor Ausgrenzung, Entwürdigung und Gewalt.



Wir setzen uns für die Rechte von Menschen mit Behinderung und Menschen mit rechtlicher Betreuung ein. Durch transparente Beratungsangebote im täglichen Leben und sinnvolle Kontrollen von Betreuer\*innen und Organisationen wollen wir dafür sorgen, dass die Rechte der betroffenen Menschen in ihrem Sinne vollumfänglich wahrgenommen werden und sie dadurch stärken, gerade auch im Hinblick auf Vertragsabschlüsse, Krankenversicherung, kulturelle Angebote, Sport, Arbeits- und Mietrecht usw.

Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür. Wir treten für eine umfassende Barrierefreiheit des öffentlichen Lebens in Mönchengladbach ein. Das umfasst den öffentlichen Personennahverkehr und die Verkehrsplanung insgesamt, Rathäuser und Verwaltungsstellen, Schulen und Kultureinrichtungen in kommunaler Trägerschaft, den geförderten Wohnraum und die Gestaltung aller anderen öffentlichen Liegenschaften und Plätze. Wir brauchen lebenswerte Quartiere für alle Menschen mit Raum für Begegnung, Kultur und Vielfalt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nutzen alle rechtlichen Möglichkeiten, um auch private Unternehmen zur Barrierefreiheit zu bewegen. Sie muss Teil ihrer Geschäftsmodelle werden. Das gebietet auch die wirtschaftliche Vernunft in einer Gesellschaft des demografischen Wandels.

Die Stadt als großer Konzern und große Arbeitgeberin sollte auch Vorbild für Inklusion sein. Wir setzen uns für die Erhöhung der Schwerbehindertenquote auf allen Hierarchieebenen des öffentlichen Dienstes ein.

Der Landschaftsverband Rheinland in Köln ist überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und des Inklusionsamtes für schwerbehinderte Beschäftigte. Wir treten in der Landschaftsversammlung Rheinland für eine konsequente Umsetzung des neuen Bundesteilhabegesetzes im Sinne der Inklusion ein. Das bedeutet vor allem mehr Selbstbestimmung und Teilhabe in den Lebensbereichen Wohnen und Arbeit. Die Leistungen müssen sich nach dem individuellen Bedarf ausrichten und nicht nach den Konzepten der Anbieter. Die Arbeitsgemeinschaft der Träger der freien Wohlfahrtspflege ist dafür in der Behindertenhilfe traditionell ein wichtiger Partner der Stadt Mönchengladbach.

Die Selbstvertretung und die Selbsthilfe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen als Expert\*innen in eigener Sache und aus eigener Erfahrung ist jedoch unverzichtbar für die inklusive Gestaltung des Gemeinwesens. Sie müssen endlich eine eigene deutlich vernehmbare Stimme in Mönchengladbach bekommen. Wir stärken die politische Partizipation der Selbstvertretungsorganisationen. Wir werden auf Augenhöhe gemeinsam an einer Lösung arbeiten und die Inklusion in den Strukturen, z.B. Ausschüsse, Beiräte usw., des neuen Stadtrates sinnvoll und sichtbar verankern.

Der/die Oberbürgermeister\*in muss die Inklusion zur Chef\*innen-Sache in der Verwaltung machen. Wir unterstützen die umfassende und konsequente Umsetzung der Inklusion als Querschnittsthema in unserer Stadt.

### **3.4. Stark für Kinder, Jugendliche und Familien**

Kinder sind unsere Zukunft. Kinder und Jugendliche brauchen einen festen Platz in der Gemeinschaft, Sicherheit, Förderung und Bildung, Geborgenheit und Entfaltungsmöglichkeiten. Eltern und Familien brauchen in der heutigen Zeit bei neuen Herausforderungen und sehr heterogenen Wertemaßstäben mehr Unterstützung denn je, hilfreiche Angebote und ein attraktives Lebensumfeld.

Die Lebensqualität einer Stadt wird auch daran gemessen, welche Möglichkeiten sie Eltern und ihren Kindern bietet. Eine ausreichende Zahl von Betreuungsangeboten für Kinder, eine altersgerechte Förderung sowie eine der Nachfrage ausgerichtete Schullandschaft gehört elementar dazu.

In Mönchengladbach gilt es, Freizeitangebote im öffentlichen Raum in ihrer Quantität und Qualität deutlich zu verbessern. Von Schadstoffen unbelastete Spielplätze, sichere Schulwege, attraktive Sport- und Freizeitangebote sind wichtige Grundbausteine einer familienfreundlichen Stadt.

Die Stadt Mönchengladbach muss bis heute auf viele Maßnahmen zur Integration von Kindern aus sozialen Brennpunkten in die frühkindliche Bildung und damit auf eine Vollversorgung mit Bildungsangeboten im Vorschulalter verzichten, denn die Ressourcen reichen nicht aus. Sie müssen zeitnah angepasst werden, um keine Generation zu verlieren.

Wir fordern eine andere Schwerpunktsetzung zugunsten einer fördernden und integrierenden Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

#### **Tagesbetreuungsangebote ausbauen und verbessern**

Wir wollen eine Verbesserung des Angebots von Kitaplätzen und Tagesbetreuung und zwar qualitativ als auch quantitativ. Das bedeutet die Einhaltung der Gruppengrößen, eine stärkere Flexibilisierung und Verlängerung von Öffnungszeiten der Kitas abgestimmt im Quartier, um auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung zu tragen, eine weitere Steigerung der Versorgungsquote, die Berücksichtigung von Kindern von Flüchtlingen und Migrant\*innen bei der Versorgungsplanung und eine gleichmäßige Verteilung mit Kitaplätzen in allen Stadtteilen.

#### **Umweltbildung beginnt ganz früh**

Umweltschutz und Ressourcenschonung werden für Kinder schnell genauso selbstverständlich wie die tägliche Hygiene. Neben allen wichtigen Entwicklungszielen gehört für uns GRÜNE die Umweltbildung bereits in die Kita. Wir unterstützen daher ausdrücklich pädagogische Zukunftsprojekte wie z.B. auch den Ausbau von Waldkindergärten.

Kinder sollen möglichst früh eine gesunde, nachhaltige Ernährung kennenlernen und bei Ackerprojekten ein Verständnis für natürliche Abläufe entwickeln.

Kitas, die sich dieser Themen annehmen, sollen mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden.



### **Prävention statt Reaktion**

Wir setzen uns für einen konsequenten Ausbau von präventiven Maßnahmen ein. Frühzeitige Hilfen in Kitas, Schulen, im Quartier und auch frühzeitige medizinische Hilfen können es Kindern und Jugendlichen ersparen, dass sie auffällig werden und Maßnahmen der Jugendhilfe eingeleitet werden müssen, z.B. Heimeinweisungen. Ein solcher Ansatz vermeidet lange Leidenswege, gravierende Brüche in der Biografie von Kindern und Jugendlichen und ist die Voraussetzung, dass eine Entwicklung gradlinig verläuft.

Das Konzept „Prävention statt Reaktion“ ist zunächst personalintensiv, reduziert die Kosten im städtischen Haushalt mittel- und langfristig aber enorm.

### **Jugendeinrichtungen erhalten, stärken und dem Bedarf anpassen**

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit leisten mit ihren vielfältigen Angeboten einen wertvollen Beitrag zur Förderung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und ihrer Familien. Sie sind Ort der Begegnung und Erprobung, des sozialen Lernens und des interkulturellen Austauschs. Aktivitäten im Bereich der aufsuchenden Jugendarbeit in ausgewählten Quartieren der Stadt sollen nach unserer Ansicht verstärkt werden.

### **Jugendhilfeplanung verbessern**

Die Mittel der Stadt für die Jugendarbeit, für Breitenarbeit der Verbände, Kirchen und Jugendhäuser müssen bedarfsgerecht und zeitnah zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen eine Jugendhilfeplanung, die für freie Träger von Kinder- und Jugendeinrichtungen, für Jugendverbände usw. ein verlässlicher Partner ist. Ziel ist es eine auf Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen basierende Jugendarbeit weiterzuentwickeln. Angebote für alle Kinder und Jugendlichen in der Stadt sollten dabei konsequent sozialräumlich angelegt sein.

### **Spiel- und Freizeitangebote der Stadt attraktiver machen**

Die innerstädtischen Freiräume für Kinder sind weniger, enger und gefährlicher geworden. Umso wichtiger ist es, bestehende Spielplätze attraktiver und sicherer zu machen und neue zeitgemäße Spiel- und Freizeitangebote zu schaffen. Auf den Spielplätzen sollten verstärkt natürliche oder naturnahe Materialien eingesetzt werden.

Bei der Gestaltung innerstädtischer Räume und Flächen müssen mehr und bessere Angebote für Kinder geschaffen werden, die ein die Phantasie anregendes Spiel für das einzelne Kind aber auch für Gruppen ermöglichen und die altersgemischtes Spielen erlauben.

Wir streben die ganzheitliche Weiterentwicklung von Wohnarealen und städtischen Plätzen weg von reinen Spielplätzen hin zu Mehrgenerationenplätzen an, auf denen alle Anwohner\*innen von jung bis alt gerne Zeit verbringen.



### **Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

Um die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in Mönchengladbach sicherzustellen, sollen sie von vorneherein ihre Ideen einbringen können, in Planungsprozesse einbezogen sein und auch auf die Ergebnisse einwirken. Um solche Prozesse nachhaltig voranzubringen, setzen wir uns für die Gründung eines Kinder- und Jugendbeirates ein.

### **Familienzentren entwickeln und fördern**

Die Weiterentwicklung von Tagesstätten zu Familienzentren eröffnet neue Möglichkeiten, den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels zu begegnen. Die Unterstützung der Eltern in Erziehungsfragen, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Schaffung einer Anlaufstelle im Ortsteil, die Funktion eines Zentrums und Netzwerks mit verschiedenen familien- und kinderunterstützenden Angeboten wird zunehmend an Bedeutung gewinnen.

### **Dezernatsverteilung**

Wir wollen die Zuständigkeiten für Kinder, Jugend, Bildung und Sport in einem Dezernat bündeln. Heute sind diese Zuständigkeiten auf zwei Dezernate verteilt. Wir gehen davon aus, dass Bildung, Kinder- und Jugendhilfe und Sport gemeinsam gedacht und bearbeitet werden sollten. Eine solche Zusammenarbeit in einem Dezernat erhöht aus unserer Sicht die Effektivität und Effizienz.

### **3.5. Frauen\*politik: Selbstbestimmt und gleichberechtigt**

Frauen\* jeden Alters und jeder Herkunft sollen selbstbestimmt leben und handeln können. Sie brauchen sozial abgesicherte Phasen der Bildung, der Erwerbsarbeit, der Sorgearbeit und der Zeit für sich selbst. Sie brauchen gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Ausbildung, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und die Abwesenheit von Diskriminierung und Gewalt. Daher ist uns das Aufbrechen von Rollenklischees und Diskriminierung ein Anliegen.

Starke Mädchen\*politik ist dazu notwendig, genauso wie es Vorbilder geben muss. Für junge Frauen\* ist es immer selbstverständlicher, männerdominierte Räume zu erobern. Sie werden somit positive Identifikationsfiguren für nachfolgende Frauen\*generationen werden.

Wir GRÜNEN haben positive Erfahrungen mit der Frauen\*quote gemacht. Wir wollen uns gemäß der Forderung der Europäischen Union für eine Quote in allen Gremien und Aufsichtsräten stark machen. Wir wollen, dass Frauen\* auch auf höchsten Ebenen Entscheidungsverantwortung übernehmen. Die Themen Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit sind uns wichtig. Wir möchten Vereine und Institutionen unterstützen, die sich für die Gleichberechtigung von Frauen\* und Männern\* einsetzen. Auf Verwaltungsebene ist es das Gleichstellungsbüro.

Wir wollen eng mit Institutionen und Organisationen zusammenarbeiten, die bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen\* und Mädchen\* helfen und deren Angebote und Hilfen fördern. Dabei ist eine enge Kooperation von Frauen\*beratungsstellen, Polizei und Justiz vor Ort wichtig. Ein elementarer Punkt ist hier die Gestaltung des öffentlichen Raums unter frauen\*spezifischen Gesichtspunkten wie z.B. die Vermeidung von Angsträumen und die Verbesserung der Beleuchtungssituation.



### 3.6. Queer – auf dem Weg zur Normalität

Wir GRÜNEN setzen uns für die völlige Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\*, Transgender und Inter\* und Queers und gegen Homo- und Transphobie ein. Die Rehabilitation der Opfer des § 175 StGB und die Gleichstellung im Eherecht allein reichen nicht aus.

In Mönchengladbach gibt es eine Vielfalt an queeren Szenen und Communities. Trotzdem gibt es noch viel zu tun, um Mönchengladbach zu einer Stadt für alle zu machen. Denn noch immer richten sich Ausgrenzung, Diskriminierung und sogar Gewalt gegen Lesben, Schwule, Trans\*, Bi- und Intersexuelle. Insbesondere junge Menschen, die vor oder in ihrem Coming-Out sind, brauchen Unterstützung und Schutz. Die bestehenden Jugendzentren können dies aus verschiedensten Gründen nicht leisten, daher benötigt die Community eigene Räumlichkeiten wie z.B. ein queeres Jugendzentrum. Von ehrenamtlichen Kräften unterstützt können Fachkräfte, die selber der queeren Szene angehören, die Jugendlichen auf dem Weg der persönlichen Identitätsfindung begleiten und unterstützen. Eine qualifizierte Elternberatung und Elternarbeit gehört ebenfalls zu dem dringend benötigten Angebot.

Die Schulen sind in besonderer Weise gefordert. Sexuelle Identität und Diversity-Themen sind an Schulen immer noch zu sehr tabuisiert. Alle pädagogisch Arbeitenden müssen im Rahmen ihrer Aus- und Fortbildung für die Probleme, Ängste und Bedürfnisse von LSBTTIQ-Jugendlichen sensibilisiert werden. Aufklärung über sexuelle Vielfalt muss ein selbstverständlicher Teil aller Lehrpläne sein und es braucht besonders qualifizierte Lehrkräfte, die als Ansprechpartner\*innen zur Verfügung stehen. Diskriminierung an Schulen muss mit aller Entschiedenheit begegnet werden. Es bedarf einer engen Vernetzung zwischen dem Schulamt und den queeren Fachkräften. Die Aufklärungs- und Beratungsarbeit der Aidshilfe ist vorbildlich und gilt es auszubauen, denn wir setzen uns dafür ein, dass alle Schüler\*innen umfassend über die verschiedenen Aspekte sexueller Gesundheit aufgeklärt werden.

Ein Familienzentrum für Regenbogenfamilien darf in Mönchengladbach keine Vision bleiben. Beratungsangebote und Unterstützung müssen für alle Generationen gegeben sein. Es ist auch nicht hinnehmbar, dass LSBTTIQ-Menschen, die auf Hilfe und Pflege durch Pflegedienste oder Pflegeeinrichtungen angewiesen sind, ihre sexuelle Identität aus Angst vor Diskriminierung und Ausgrenzung verbergen.

Das Thema „Wohnen im Alter“ ist für die queere Community von zentraler Bedeutung und muss offensiv von der Kommune und ihren Gesellschaften unterstützt werden.

Ebenfalls sollten Unisex-Toiletten zur Selbstverständlichkeit in öffentlichen Einrichtungen werden.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen uns als politische Partnerin für alle LSBTTIQs und als verlässliche Verbündete im Kampf für gesellschaftliche Emanzipation. In enger Kommunikation mit den Aktiven und durch die Solidarisierung mit den Projekten werden wir die Community beim Kampf um die Finanzmittel verlässlich unterstützen.

### **3.7. Grüne Jugend**

Wir als Grüne Jugend Mönchengladbach verstehen uns als ökologische, soziale, basisdemokratische, feministische, antirassistische, antinationale, gewaltfreie und kapitalismuskritische Organisation. Auch wir denken global und handeln lokal!

Wir wollen mehr als nur Denkanstöße geben und auf Probleme aufmerksam machen. Wir finden uns nicht ab mit einfachen Antworten oder gut gemeinten Kompromissen. Wir stellen die herrschende Politik kritisch in Frage und setzen uns für die Umsetzung jung-grüner Positionen in Mönchengladbach ein.

#### **Klimanotstand jetzt!**

Als Grüne Jugend Mönchengladbach fordern wir nach wie vor die Ausrufung des Klimanotstands. Die Ablehnung durch den Stadtrat ist ein fatales Signal und frustrierend für junge Mönchengladbacher\*innen. Anders als oft behauptet, handelt es sich hierbei nicht um Symbolpolitik, sondern bindet die Stadt an die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens. Dies sollte ein überparteiliches Anliegen sein.

#### **Mönchengladbach - Stadt der Zukunft!**

Als junge Menschen beschäftigen uns die Interessen von Schüler\*innen, Studierenden und Auszubildenden besonders. Die Stadt Mönchengladbach ist gerade für junge Menschen unattraktiv, weshalb es diese in andere Städte zieht. Neben dem schlecht funktionierenden öffentlichen Nahverkehr, um beispielsweise abends in die Altstadt zu gelangen, mangelt es an bezahlbarem Wohnraum. Die Stadt sollte sich bemühen zukunftsweisende Unternehmen anzusiedeln, um junge Menschen in der Stadt zu halten.

In Mönchengladbacher Schulen herrscht nicht nur Lehrer\*innenmangel, sondern auch Platzmangel. Oft müssen Schulklassen auf andere Gebäude ausweichen, trotzdem schließen diverse Schulen. Die Schullandschaft muss überdacht werden, um ein Lernen für alle zu ermöglichen.

#### **Kein Platz für Nazis!**

Aufgrund der immer häufiger stattfindenden Nazi-Demonstrationen sollte sich Mönchengladbach geeint gegen faschistisches und rassistisches Gedankengut stellen und ein Zeichen für eine offene, vielfältige Gesellschaft setzen. Mönchengladbach darf Rechtspopulist\*innen keine Bühne bieten und erst recht kein Ort für Rechtsextremist\*innen sein.

Die Grüne Jugend Mönchengladbach fordert daher die Ausweitung von Aufklärungsarbeit und Präventivmaßnahmen. Diese sollten bereits in der Schule beginnen und auch außerhalb des Geschichtsunterrichts durch verpflichtende Zeitzeug\*innenvorträge und Bildungsfahrten unterstützt werden. Die Stadt hat die Verantwortung, das Demokratieverständnis der Menschen zu fördern.



### 3.8. Aktiv und selbstbestimmt im Alter

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, insbesondere das Aktionsbündnis Grüne Alte, setzen uns dafür ein, dass die Rechte und Interessen älterer Bürger\*innen unserer Stadt besser vertreten und formuliert werden.

Die Lebensphase Alter erfährt einen Bedeutungswandel. Ältere Menschen heute gestalten ihr Leben aktiv, individuell und selbstbestimmt, sie wollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben und ihr Erfahrungswissen zum Wohle aller einbringen.

Die Altenpolitik unserer Stadt sollte vor allem MIT den Seniorinnen und Senioren umgesetzt werden, statt FÜR und ÜBER! Nur so besteht die Chance, unsere Gesellschaft solidarisch zu gestalten und zu erhalten.

Das Aktionsbündnis Grüne Alte setzt sich dafür ein:

- dass die überparteiliche Seniorenvertretung mit einem Seniorenrat in Mönchengladbach eingerichtet wird, wie bereits in vielen Nachbarstädten und Gemeinden in NRW. Dies ist unser wichtigstes Ziel, welches wir weiterverfolgen werden.
- dass wir eine nachhaltige Politik gegen den Klimawandel einfordern sowie aktiv begleiten, damit eine friedliche und lebenswerte Welt möglich ist.
- dass die Integration aller Menschen in allen Lebenslagen und gegen alle Formen von Ausgrenzung oder Abwertung möglich ist. In der kommunalen Altenpolitik wollen wir die Interkulturalität besonders fördern.
- dass die selbst organisierten Senior\*innennetzwerke ausgeweitet und gestärkt werden.
- dass Räume und Plätze in den Quartieren altersgerecht erhalten und geschaffen werden.
- dass Verkehrsräume und Verkehrsmittel mit Rücksicht auf Senior\*innen gestaltet und ausgebaut werden.
- dass mehr barrierefreier bezahlbarer Wohnraum bereitgestellt wird und eine dialogbezogene Ausrichtung unserer Altenarbeit und -politik forciert wird.

Senior\*innen müssen gehört und ernst genommen werden; ihre Anliegen wollen wir umsetzen.



### **3.9. Wir stehen zusammen: Migration und Einwanderung**

Wir GRÜNEN stehen für ein offenes Europa, für ein offenes Deutschland, für ein offenes Mönchengladbach. In unserer Stadt lebt eine Vielzahl von Menschen mit unterschiedlicher ethnischer, kultureller, sozialer und religiöser Herkunft. Wir setzen uns für ein friedliches Miteinander und ein besseres Verständnis der Kulturen ein und sprechen uns entschieden gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung aus. Unser Land ist ein Einwanderungsland, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind Teil unserer Gesellschaft. In Mönchengladbach haben über 44.000 Menschen ausländische Wurzeln. Die kulturelle und sprachliche Vielfalt ist Bereicherung und Herausforderung zugleich.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten auf allen Ebenen der Gesellschaft für die interkulturelle Öffnung ein. In Mönchengladbach werden wir diese in der Stadtverwaltung und bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften vorantreiben. Dafür schlagen wir eine Quotenregelung vor. Die interkulturelle Kompetenz wollen wir durch spezielle Weiterbildungsformate besonders bei der Stadtverwaltung, bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften und in der Zivilgesellschaft fördern.

Besonders im Zusammenhang von Migration sind gute und bedarfsdeckende Angebote zu frühkindlichen Förderung unerlässlich. Dabei werden wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Durchsetzung des Rechtsanspruchs von Kitaplätzen, der Förderung der schulischen Bildung und der deutlichen Erhöhung des Angebotes von Plätzen an Ganztagschulen unsere ganze politische Aufmerksamkeit schenken. In der kommunalen Migrationspolitik werden wir interkulturelle Initiativen, Projekte und Angebote besonders fördern.

Im Bereich der Migration aus der Europäischen Union setzen wir uns für lebensweltbezogene Beratungs- und Begegnungsangebote ein. Bei Flucht und Vertreibung setzen wir uns für eine Migrations- und Traumaambulanz ein, die allen Menschen mit Migrationsgeschichte offensteht, ein. Flüchtlingspolitik muss immer an Menschenrechten orientiert sein. Schutzsuchende dürfen nicht in Staaten zurückgeschoben werden, in denen sie Menschenrechtsverletzungen erwartet. Wir setzen uns für eine großzügige Bleiberechtsregelung ein.

Alle hier lebenden Menschen – egal welcher Herkunft – sollen Teil unserer Gesellschaft sein. Wir GRÜNEN sind dafür, die Qualität von Integrationskursen und die Sprachförderung in Bildungsstätten weiter zu verbessern, Deutschkurse für Alle zu ermöglichen, Mehrsprachigkeit als Ressource zu nutzen und ausländische Berufsabschlüsse leichter anzuerkennen.

Wir GRÜNEN unterstützen besonders Programme, die den Integrationsprozess von Migrantinnen\* zum Inhalt haben, wie z.B. das Programm BIF „Berufliche Integration von Frauen mit Migrationshintergrund“ der Volkshochschule.

Wir gehören zusammen.



## 4. Soziales Mönchengladbach

### 4.1. Arbeitsmarkt

Mönchengladbach gehört zu den Städten mit einer überdurchschnittlich hohen Zahl von Menschen und Familien, die ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise aus Mitteln des Jobcenters bestreiten müssen. Daneben ist es alarmierend, wenn immer mehr Menschen eine ergänzende Tätigkeit zusätzlich zu ihrer Hauptbeschäftigung ausüben müssen, weil der Arbeitslohn die Existenz nicht mehr sichert. Gleichzeitig arbeiten in unserer Stadt viele Menschen im Niedriglohnssektor. Oft sind es Frauen\*, die aufgrund von Teilzeitbeschäftigung und Niedriglöhnen kein finanzielles Auskommen erreichen können.

Deshalb setzen wir uns für eine kommunale Arbeitsmarkt- und Sozialberichterstattung ein, die diese Fehlentwicklungen konsequent und regelmäßig in den Blick nimmt.

Wir wollen konkret daran arbeiten, die berufliche Rehabilitation gemeinsam mit anderen Reha-Trägern, von der Deutschen Rentenversicherung bis zur Arbeitsagentur, unter einem Dach zu vereinen.

Wir setzen uns dafür ein, eine kommunale Arbeitsmarktstrategie für Mönchengladbach auf den Weg zu bringen, die durch die Zusammenarbeit der Stadt mit Politik, Arbeitgebern\*innen, Gewerkschaften, Wirtschaftsförderung, Handwerk, Beteiligungsgesellschaften, Sozialamt, Beschäftigungsträgern, Beratungseinrichtungen und anderen strategischen Partnern arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erörtert und umsetzt und erwerbsgeminderten Menschen faire Chancen zur Teilhabe am Arbeitsmarkt bietet. Dabei gilt es auch die Chancen der kommunalen Vergabepolitik für eine tarifliche Entlohnung zu nutzen. In diese Strategie sind auch die städtischen Beteiligungsgesellschaften einzubeziehen.

Wir wollen, dass die Stadtverwaltung mit ihren Töchtern das Teilhabechancengesetz konsequent nutzt und ihrer Vorbildfunktion in der Bereitstellung von vielen Arbeitsplätzen gerecht wird. Für die über das Teilhabechancengesetz eingestellten Kolleg\*innen streben wir die Übernahme in unbefristete Arbeitsverhältnisse an. Über Modellprojekte wollen wir auch für solche Gruppen die soziale Teilhabe ermöglichen, die aufgrund ihrer gesundheitlichen oder sozialen Lage auf dem Arbeitsmarkt ansonsten kaum über Chancen verfügen.

Wir setzen uns für ein kommunales Monitoring im Bereich der Hartz IV Gesetze ein. Dazu wollen wir eine Stelle einrichten, die gezielt die in Mönchengladbach gewonnenen Erfahrungen auf dem Gebiet der Sozialgesetzbücher II und XII erfasst und auswertet. Diesen Prozess wollen wir offen und zivilgesellschaftlich gestalten. Ziel dabei soll es sein, die Hartz IV Gesetze einer Reform „von unten“ zu unterziehen. Die Ergebnisse dieses Prozesses wollen wir über die Stadt auf Landesebene und Bundesebene zu Gehör bringen und so Anstöße für eine entsprechende Fortentwicklung und Reform des Gesetzes geben.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesmittel für eine soziale Arbeitsmarktpolitik in Städten wie Mönchengladbach mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit konzentriert werden.

## **Mönchengladbach - Eine Stadt für Alle.**

---

Die Zahl der Menschen mit Bezug von Arbeitslosengeld II verharrt in Mönchengladbach seit Jahren auf einem hohen Niveau. Mehr Beschäftigung bedeutet nicht die Beendigung der Hilfebedürftigkeit. Viele Menschen können aus ihrem Arbeitseinkommen die Existenz für sich und/oder ihre Familie nicht decken. Sie alle sind auf ergänzende Leistungen angewiesen. Bei mehreren Kindern reichen auch zwei Verdienste in Höhe des Mindestlohns nicht aus, um die Hilfebedürftigkeit zu verringern. Deshalb setzen wir uns für existenzsichernde Löhne, faire Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns ein.

Statistisch gesehen gab es noch nie so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Mönchengladbach. Allerdings setzen viele Branchen oft auf Zeitarbeit oder Teilzeit statt Vollzeit. Auch sind oft die Tarife nicht sehr hoch. Daher sind viele Beschäftigte im Alter häufig auf ergänzende Hilfen angewiesen. Ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen erklären wir unsere entschiedene Gegenwehr.

Minijobs sind ein Grund für Armut, denn Minijobs vernichten sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Daher setzen wir uns dafür ein, dass das Jobcenter ein eigenes Team bildet, um Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln. Damit wollen wir erreichen, dass Unternehmen eine Rückumwandlung der Minijobs vornehmen. Die hohe Zahl an Minijobs in Mönchengladbach ist einer der Gründe, weshalb viele Menschen trotz Job auf die Grundsicherung durch das Jobcenter angewiesen sind. Es werden mehr sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen gebraucht, damit die Menschen ihre Hilfebedürftigkeit überwinden können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die vorhandenen Angebote zur psychosozialen Betreuung von Arbeitslosen erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

### **4.2. Wohnen**

Das Thema Wohnen hat sich besonders in den Großstädten für eine Vielzahl von Menschen zu einem großen Problem entwickelt. Auch in Mönchengladbach sind deutlich zu wenig Wohnungen für die Menschen gebaut worden, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Um diesem Problem wirkungsvoll zu begegnen, planen wir verschiedene Maßnahmen:

Zunächst ist es notwendig, die Wohnbaugrundstücke im städtischen Besitz vorrangig an städtische Wohnungsbaugesellschaften zu vergeben. Diese müssen veranlasst werden, in den nächsten zehn Jahren im Stadtgebiet pro Jahr mindestens 450 Wohneinheiten zu errichten, die öffentlich gefördert werden und preisgedämpft sind. Dazu wollen wir die beiden städtischen Wohnungsbaugesellschaften als GmbH fusionieren.

Bei Neubauvorhaben von mehr als 30 Wohneinheiten muss künftig bei allen neuen Bebauungsplänen festgelegt werden, dass dabei 30 Prozent der Geschossfläche für öffentlich geförderte Wohneinheiten errichtet werden, weitere 30 Prozent preisgedämpft. Städtische Grundstücke, die nicht von städtischen Wohnungsbaugesellschaften selbst beansprucht werden, sollten vorrangig an Unternehmen vergeben werden, die sozialverträgliche Konzepte für den Mietwohnungsbau



verfolgen. Zu solchen Unternehmen zählen z.B. Genossenschaften oder gemeinnützige Träger wie Kirchengemeinden, soziale Träger und Wohlfahrtsverbände sowie andere gemeinwohlorientierte Unternehmen. In diesem Zusammenhang sollten städtische Beteiligungen wie die NEW „mobil und aktiv“, die Sozialholding der Stadt Mönchengladbach oder die Städtischen Kliniken Mönchengladbach dazu angehalten werden, analog zu diesem Konzept Werkwohnungen zu errichten.

Weiter sind wir dafür, dass die Stadtverwaltung die Einführung einer Fehlbelegungsabgabe prüft. Einnahmen, die sich aus der Abgabe ergeben, werden dann für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt. Bei der Vergabe von städtischen Gewerbeflächen wollen wir die Erwerber verpflichten, Werkwohnungen zu erstellen und sich somit am kommunalen Wohnungsbau zu angemessen zu beteiligen.

Die Verwaltung muss weiterhin beauftragt werden, sich auf allen Ebenen aktiv für die Wiederherstellung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes einzusetzen, weil damit der Bestand des gemeinnützigen Wohnungsbaus wachsen könnte analog der Maßgabe „Einmal Sozialbindung - immer Sozialbindung“.

Um gefährdete Wohnungsbestände zu erhalten, muss die Stadt die erforderlichen Finanzmittel für die Modernisierung der kommunalen Wohnungsbestände schrittweise bereitstellen. Wenn Wohnungsbestände mit öffentlichen Mitteln modernisiert werden, muss die Stadt sicherstellen, dass die Mietpreise nach der Modernisierung denen des sozialen Wohnungsbaus entsprechen.

Für Mietwohnungen, die durch Insolvenzen oder Zwangsversteigerungen auf den Markt kommen, muss die Stadt gemeinsam mit den kommunalen Wohnungsgesellschaften ein Konzept entwickeln, das Möglichkeiten aufzeigt, wie diese Wohnungen erworben werden können.

Für den Bereich der Wohnungslosigkeit muss die Verwaltung gemeinsam mit der EWMG, städtischen Wohnungsbaugesellschaften und den sozialen Trägern ein Konzept entwickeln, das den sozialen Wohnungsbestand erweitert.

Wir setzen uns für einen Ausschuss für Wohnungspolitik und Wohnungsförderung ein, damit die Stadt mit den vorgenannten Problemen offensiver und sachgerechter umgehen kann. Dieser Ausschuss berät und entscheidet dann u.a. über die Verplanung der Wohnungsbauförderungsmittel für Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen, die der Stadt zugeteilt werden. Er entscheidet auch über die Gewährung von öffentlichen und städtischen Mitteln zur Förderung des allgemeinen Wohnungsbaus und der Modernisierung in Schwerpunktgebieten, wie z.B. die Modernisierung des städtischen Althausbesitzes und die Beseitigung von Obdachlosigkeit. Wird über das kommunale Wohnungsmonitoring, die Entwicklung der Kosten der Unterkunft, die Bearbeitung des Wohngeldes und der Wohnberechtigung beraten, ist der Ausschuss ebenso zuständig wie bei allen zu beschließenden Bebauungsplänen, die die Neuerrichtung von mehr als 15 Wohneinheiten vorsehen.



### **4.3. Wohnumfeld**

Wir orientieren unsere Kommunalpolitik an der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in ganz Mönchengladbach. Wir sehen in gleichen Chancen für alle Quartiere ein Potenzial, das zum unverwechselbaren Wesenskern unserer Stadt gehört. Eine Stadt für alle heißt, die städtischen Quartiere zu unterstützen. In der Förderung zur Verbesserung der Lebenswelt der Menschen ausgerichteten Initiativen z.B. in Bildung, Kultur, Sport usw. sehen wir ein wesentliches Ziel unseres kommunalpolitischen Handelns.

Wir setzen uns daher ein für mehr Qualität im Umfeld des Wohnens. Hierzu gehört neben attraktiven öffentlichen Grünflächen eine gute Infrastruktur im Nahbereich mit den unterschiedlichsten Geschäften des täglichen Bedarfs. Zur Erhöhung der Qualität des Wohnumfelds und Attraktivität der Innenstadt trägt auch die Erhaltung und Modernisierung von öffentlichen Gebäuden und Plätzen, wie z. B. Bahnhof Rheydt, Europaplatz oder die Beseitigung von Angsträumen bei.

Wir wollen mit den Beteiligten, wie Stadtverwaltung, Eigentümer\*innen, Unternehmer\*innen, Anwohner\*innen, Rahmenbedingungen verbessern und die Möglichkeit von Nutzungsänderungen prüfen.

Die Stadt sollte in diesem Bereich verstärkt auf den Ankauf von entsprechenden Immobilien setzen, um selber Spielraum für Maßnahmen zu haben.

### **4.4. Gesundheitsversorgung**

#### **Wohnortnahe ärztliche Versorgung**

Wie in zahlreichen anderen Städten zeichnet sich auch in Mönchengladbach aufgrund der Altersstruktur der niedergelassenen Ärzt\*innen eine Unterversorgung besonders im hausärztlichen Bereich in den Randbezirken der Stadt ab. Wir wollen dafür sorgen, dass eine Niederlassung als Hausarzt\*in in unserer Stadt attraktiv bleibt und so dauerhaft die hausärztliche Versorgung aller Bürger\*innen sichern.

#### **Krankenhausversorgung**

Wir setzen uns für eine bessere Vernetzung ambulanter und stationärer Versorgungsstrukturen zum Wohl aller Bürger\*innen ein. Auch für die stationäre oder teilstationäre Behandlung folgen wir dem Leitbild des/der mündigen Patient\*in und dem „Leitfaden Gesunde Stadt“ des Landesentrums Gesundheit NRW. Auch in Anerkennung der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Krankenhausführung stehen für uns die Interessen der Patient\*innen an oberster Stelle. Eine systembedingte Entwicklung, Patient\*innen als Kostenfaktor zu betrachten, darf es nicht geben.

#### **Öffentliches Gesundheitswesen**

Das Gesundheitsamt erfüllt vielfältige Aufgaben im Bereich der Gesundheitsförderung, des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitshilfe. Durch eine personelle und inhaltliche Stärkung des Gesundheitsamtes wollen wir diese Angebote stärken und wo immer notwendig erweitern. Handlungsbedarf sehen wir insbesondere bei chronisch psychisch Kranken jeden Alters, bei Suchtkranken und bei HIV-infizierten Personen.



Für chronisch psychisch Kranke, denen es ihre Krankheit unmöglich macht, eine/n Arzt\*in aufzusuchen, müssen aufsuchende Strukturen entwickelt werden. Um Zwangseinweisungen nach dem Gesetz für psychisch Kranke PsychKG so weit wie möglich zu verhindern, benötigen wir einen Kriseninterventionsdienst.

Das Gesundheitsamt bietet im Bereich der Suchtkrankenhilfe jetzt schon ein breites Angebot existieren. Bislang gibt es jedoch noch kein Beratungsangebot für Tabak-Abhängige. Die Behandlung der Tabak-Abhängigkeit ist unverständlicherweise keine Kassenleistung. Umso wichtiger ist daher die Schaffung einer konzertierten kommunalen Kooperation mit suchtmmedizinischen und lungenfachärztlichen Einrichtungen.

Insbesondere durch Feinstaubemission und Zigarettenabfall verursacht der Tabakkonsum zudem ganz erhebliche Klimaschäden und Ressourcenverbrauch. Gesundheitsschutz bedeutet in diesem Fall also auch Klimaschutz.

Auch die bereits vorhandenen Beratungsmöglichkeiten HIV-Infizierter und an AIDS erkrankter Personen wollen wir stärken und ausbauen. Mönchengladbach soll sich der globalen Initiative „Fast Track Cities to end AIDS“ anschließen und in diesem Zusammenhang ein Rahmen- und Entwicklungskonzept zur Prävention von HIV und zur Versorgung betroffener Menschen präsentieren, das darüber hinaus auch weitere sexuell übertragbare Infektionen etc. berücksichtigen soll.

### **Versorgungsbehörde**

Die wesentliche Aufgabe des Versorgungsamtes ist die Feststellung der Schwerbehinderung nach entsprechender Antragstellung. Um eine fachlich angemessene Beurteilung und Kompensation der Teilhabebeeinträchtigung zu ermöglichen, setzen wir uns für eine personelle Stärkung ein, die auch die verbesserte fachärztliche Untersuchung der Antragsteller beinhaltet.

### **Selbsthilfe**

Selbsthilfegruppen stellen eine wesentliche Unterstützung für Betroffene und Angehörige dar. Wir streben an, dass auch Bevölkerungsgruppen wie etwa Migrant\*innen, die durch Selbsthilfegruppen in der Vergangenheit nur schwer erreicht werden konnten, in Zukunft besser angesprochen werden können.

### **Pflege**

Die qualitativ hochwertige und respektvolle Begleitung und Versorgung unserer pflegebedürftigen Mitbürger\*innen ist uns GRÜNEN sehr wichtig. Die zunehmende Anzahl pflegebedürftiger Menschen, insbesondere demenzkranker Personen, stellt eine erhebliche Herausforderung dar. Der sachgerechte Ausbau ambulanter, teilstationärer und kurzzeitstationärer Angebote ist notwendig, um den Betroffenen einen möglichst langen Verbleib in der gewohnten häuslichen Umgebung zu ermöglichen. Dazu benötigen wir eine Intensivierung und einen Ausbau der Pflegestützpunkte sowie eine Erweiterung der Unterstützungsangebote für Angehörige pflegebedürftiger Menschen. Die Fehlentwicklungen bei den Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals aus der Vergangenheit wollen wir korrigieren, um den Beruf wieder attraktiv zu gestalten.



### **4.5. Bildung und Lernen**

Der Bildungsstand unserer Schüler\*innen entscheidet über individuelle Lebenschancen, berufliche Perspektiven und beeinflusst die gesellschaftliche Teilhabe. Mönchengladbach braucht ein Bildungssystem, das inklusiv und sozial gerecht ist und das Kindern und Jugendlichen ein selbstbestimmtes, berufliches Leben ermöglicht. Wir wollen einen langfristigen Schulentwicklungsplan für eine inklusive Mönchengladbacher Schullandschaft von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II.

Eine intensive Zusammenarbeit mit Bildungs- und Kultureinrichtungen wie z.B. Stadtbibliothek, Musikschule und Sportvereinen streben wir an.

#### **Förderung der Schulformen des längeren gemeinsamen Lernens**

Die hohe Akzeptanz der Eltern zu den Schulformen des gemeinsamen längeren Lernens werden Schritt für Schritt zur Auflösung von Hauptschulen und Realschulen führen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das längere gemeinsame Lernen allen Schüler\*innen ermöglicht wird, deren Eltern dies wünschen.

Für die Schulform Gesamtschule müssen ausreichend Plätze geschaffen werden, damit nicht, wie in den vergangenen Jahren, jährlich rund 300 Kinder abgewiesen werden müssen. Deshalb setzen wir uns für eine siebte Gesamtschule ein.

#### **Inklusion umsetzen**

Die UN-Resolution verpflichtet zur Umsetzung der Inklusion in allen Schulformen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen es sich zur Aufgabe, dass diese Resolution auch in Mönchengladbach umgesetzt wird und die dafür notwendigen Sonderpädagogen in ausreichender Zahl eingestellt werden.

#### **Wohnortnahe Grundschulen**

Wohnortnahe Grundschulen nach dem Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege!“ sind nach wie vor ein wichtiges Ziel der Schulentwicklung im Primarbereich.

Wir wollen, dass eine wohnortnahe Schulstruktur mit den beteiligten Gruppen wie Kollegien, Elternschaft, Schüler\*innen, Fördervereinen usw. auch durch Fusionen von Grundschulen in Verbundschulen erhalten bleibt.

#### **Offene Ganztagschulen**

Wir wollen, dass alle Kinder die Möglichkeit haben, das offene Ganztagsangebot sowie offene Ganztagschulen zu nutzen.

#### **Berufskollegs**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern weiterhin die Integration der Schulform Berufskolleg in die Mönchengladbacher Schullandschaft.

#### **Investitionsprogramm für alle Schulen weiterführen**

In der neuen Legislaturperiode muss die Investition für die Infrastruktur der Mönchengladbacher Schulen bei der Bausubstanz der Schulgebäude, der Barrierefreiheit, dem Brandschutz, beim Bau neuer Ganztageseinrichtungen, der digitalen und technischen Ausstattung und bei der Gebäudeunterhaltung ein Schwerpunkt des Haushaltes sein. Dabei müssen ökologische Standards berücksichtigt werden. Wir wollen das Investitionsprogramm mit einer Prioritätenliste weiterentwickeln.



Den Start zu „Digitalen Pilotschulen“ begrüßen wir und erwarten, dass die Ergebnisse zügig analysiert und auf die anderen Schulen übertragen werden. Die Schulen müssen über den Einsatz von IT und über die digitalen Prozesse und den Etat selbst entscheiden und verwalten können. Dazu gehört auch die Installierung einer IT-beauftragten Person je Schule.

### **Die gesunde Schule**

Neben zeitgemäßer energetischer Ausstattung, Ökologie und Raumklima sind Aufenthaltsqualität, Sport und Bewegung und gesunde Ernährung wichtige Elemente im schulischen Alltag, um die Konzentration und Aufmerksamkeit zu erhalten.

Jedes Kind soll am Ende der Grundschule schwimmen können.

### **Fachbereiche zusammenführen**

Wir befürworten die Zusammenlegung des Fachbereichs Schule und Sport mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie. Dies erhöht aus unserer Sicht die Effektivität und Effizienz.

## **4.6. Hochschule**

Trotz intensiven Ausbaus der Hochschule Niederrhein und dem Neubau von Hochschulgebäuden ist es bisher nicht gelungen, Mönchengladbach zu einer Studierendenstadt zu entwickeln. Hier sehen wir die Notwendigkeit von weiteren Maßnahmen wie die Schaffung von günstigem Wohnraum, aber auch einer Kultur- und Kneipenszene, um Studierende zum Umzug nach Mönchengladbach zu bewegen. Wir setzen uns daher für die weitere Schaffung von günstigem Wohnraum für Studierende ein, aber auch für die Bildung einer räumlichen Identität des Campus.

Ebenfalls soll das Gelände des alten Polizeipräsidiums der Hochschule und für studentisches Wohnen zur Verfügung gestellt werden.

Wir GRÜNEN wollen Mönchengladbach als Wissenschafts- und Forschungsstandort ausbauen. Wissenschaftler\*innen sollen in unserer Stadt ebenso optimale Forschungsbedingungen vorfinden wie Studierende optimale Bedingungen für ihr Studium.

Letztlich geht es darum, die Nachhaltigkeit zu fördern und die regionale Wirtschaft zu unterstützen, ihre Position in ihren Geschäftsfeldern zu halten, auszubauen und neue Handlungsfelder zu erschließen.

## **4.7. Kultur in Mönchengladbach: Von allen, für alle!**

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen eine selbstbestimmte und vielfältige Kulturszene, die von allen für alle gestaltet werden kann. Dafür wollen wir vorhandene Infrastrukturen ausbauen und weiter öffnen.

Für uns stehen soziale, ökologische, wirtschaftliche und kulturelle Themen in enger Wechselwirkung. Daher streben wir nach ganzheitlichen und visionären Projekten für Mönchengladbach. Doch auch der kritische Blick zurück gehört zu

## **Mönchengladbach - Eine Stadt für Alle.**

---

Grüner Kulturpolitik, wie die intensivere Betrachtung unserer Stadtgeschichte und Erinnerungskultur, zu der die Textilindustrie und berühmte Persönlichkeiten ebenso gehören wie die Auseinandersetzung um die Benennung und Umbenennung von Straßen.

### **Lebendige Kulturszene**

In Bezug auf das kulturelle Leben in unserer Stadt steht für uns im Vordergrund, dass Kulturangebote Gemeinschaft und Zusammenhalt schaffen sollen. Eine lebendige, engagierte Kulturlandschaft macht unsere Gesellschaft zwar nicht automatisch immun gegen Populismus und Hetze. Doch wo Kultur zusammen gemacht und gelebt wird, entstehen gemeinsame Werte und Raum für Freiheit und Toleranz.

Freiheit der Kunst heißt für uns: Sie hat keinen Auftrag zu erfüllen und sie muss sich nicht rechnen, um gut zu sein. Dabei sind verschiedenste Ausdrucksformen, HipHop oder Ballett, Street Art oder Oper, Bildende Kunst oder Folklore, wichtig für ein vielfältiges Angebot und müssen in ihren Rahmenbedingungen gleichberechtigt gefördert werden.

Die kulturelle Landschaft Mönchengladbachs profitiert von jungen Kreativen und Netzwerken der freien Szene, was auch mit dem Hochschulstandort von kreativen Studiengängen wie Kulturpädagogik oder Textil zusammenhängt, aber auch der ambitionierten Vernetzungsarbeit des städtischen Kulturbüros. Wir finden, dass die freie Szene noch stärker in ihrer gemeinnützigen Arbeit unterstützt werden soll. Dafür müssen weitere Mittel bewilligt werden, nicht nur finanzieller Art, sondern auch zur Bereitstellung von Infrastruktur und Technik: öffentliche Probe- und Atelierräumen sowie Auftritts- und Aktionsorte. Dadurch wird es gerade jungen Leuten leichter gemacht, ihre Kreativität unabhängig ihres Elternhauses auszuleben.

Für uns GRÜNE gehört die kulturelle Teilhabe zur Daseinsvorsorge. Daher unterstützen wir ausdrücklich die Arbeit der „Kulturlöwen“ in Mönchengladbach. Der Verein vermittelt kostenlose Eintrittskarten zu kulturellen Einrichtungen oder Events jeder Art an Menschen mit geringem Einkommen, damit sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Weiterhin denkbar ist ein sogenannter „Zahl-was-Du-willst-Tag“ für die städtischen Museen, an dem der Eintrittspreis von jedem Besucher selbst festgelegt werden kann.

Die städtischen Angebote zu kultureller Bildung, insbesondere für Kinder und Jugendliche, müssen ausgebaut werden. Neben den klassischen Feldern wie musikalische Früherziehung und Museumspädagogik sollen dabei zunehmend grundlegende Kompetenzen zum Lese- und Sprachvermögen sowie die Medienkompetenz und kritisches Denken gefördert werden.

Ein strategischer Partner dafür sind die Stadtbibliotheken Mönchengladbach. Stadtbibliotheken sind heute viel mehr als Ausleihstationen, sie funktionieren als Begegnungsstätten und Diskursplätze im öffentlichen Raum, sogenannte „Dritte Orte“. Niedrigschwellig, unkommerziell und offen für alle. Wir GRÜNE unterstützen daher ausdrücklich die Sanierung und Erweiterung der Zentralbibliothek Mönchengladbach. Als nächster Schritt muss in der Interkulturellen Familienbibliothek Rheydt der Vollservice an Sonntagen gewährleistet werden. Denn



die Sonntagsöffnung bestätigt durch hohen Zulauf eindrucksvoll die sozial integrierende Wirkung von Kultur und Bildung. Deshalb sollte die Sonntagsöffnung nach der Wiedereröffnung 2022 auch in der Mönchengladbacher Zentralbibliothek verwirklicht werden.

Die Diskussion um das Haus Erholung hat gezeigt, dass es durch die Bürger\*innen eine Nachfrage nach niederschwellig nutzbarem Raum gibt, der für Kommunikation, Veranstaltungen oder Feste genutzt werden kann, und dass solche Orte fehlen. Wir wünschen uns die stärkere Nutzung vom Haus Erholung als Plattform für kulturelle Angebote und Freizeitangebote, als Kulturhaus der Bürger\*innen. Ebenso ist über weitere potenzielle Räumlichkeiten nachzudenken.

Wir setzen uns zudem für den nachhaltigen Erhalt des Theaters Krefeld-Mönchengladbach ein. Angesichts rapider gesellschaftlicher Veränderungen müssen sich etablierte Einrichtungen der Auseinandersetzung mit neuen Formaten sowie der strukturellen Veränderungen stellen. Neue Konzepte gegen den Zuschauerrückgang und Bedeutungsverlust sind gerade in Zeiten der Digitalisierung nötig.

Wir wünschen eine deutlich verstärkte Förderung und Unterstützung von Initiativen für Film- und Kino-Angebote jenseits der Blockbustermonotonie in der Stadt.

Eine Kulturpolitik, die einer wirtschaftlichen Standortpolitik dient, sehen wir kritisch.

### **Erinnerungskultur**

Wir setzen uns für die Pflege einer kommunalen Erinnerungskultur ein. Dazu gehört auch das dauerhafte Gedenken an die Opfer des NS-Staates. Bis zur Übernahme der NS-Herrschaft gab es vier Synagogen in Mönchengladbach. Nach der Befreiung 1945 existierte in Mönchengladbach keine Synagoge mehr. Zusammen mit vielen Bürger\*innen jüdischen Glaubens und jüdischer Abstammung wurden sie Opfer nationalsozialistischen Rassenwahns. Für uns bleibt die Erinnerung an den Holocaust eine bleibende Verpflichtung unseres politischen Handelns. Deshalb unterstützen wir den Neubau einer Synagoge in Mönchengladbach. Gemeinsam werden wir mit der jüdischen Gemeinde in Mönchengladbach nach Mitteln und Wegen suchen, wie mit Hilfe der Stadt der Neubau einer Synagoge in Mönchengladbach verwirklicht werden kann.

Jeglicher Form von Antisemitismus treten wir entschieden entgegen.

Das Textil-Technikum im Monforts Quartier erinnert an unsere kultur- und industriegeschichtliche Vergangenheit in Mönchengladbach. Mit Hans Jonas und Hugo Junkers verfügt die Stadt Mönchengladbach über zwei Ehrenbürger, deren Werk nichts an Aktualität verloren hat. Deshalb setzen wir uns für eine angemessene Würdigung der Werke von Hans Jonas und Hugo Junkers ein.

Die bestehenden Städtepartnerschaften wollen wir reaktivieren und ausbauen. Im Rahmen der Erinnerungskultur wollen wir stärker als bisher Schulen, Weiterbildungseinrichtungen und Jugendheime unterstützen. Wir wünschen uns auch neue Partnerschaften, vor allem mit israelischen Städten, Gemeinden in Osteuropa sowie ostdeutschen Städten.



### **4.8. Öffentlichkeit und Sicherheit**

Wir vertreten einen freiheitlichen und starken Rechtsstaat, der allen Bürger\*innen ein sicheres und friedliches Leben ermöglicht. Wir setzen auf angemessene und verhältnismäßige Maßnahmen, die nachhaltig wirken und auf den Schutz unserer Grund- und Bürger\*innenrechte. Wir wollen Sicherheit, aber nicht auf Kosten unserer Freiheit für jeden von uns. Durch die sozialen Netzwerke und Medien wird oftmals ein Bild von Angst und Unsicherheit propagiert, welches nicht der Lebenswirklichkeit entspricht. Dem Wert der Sicherheit wird im Bewusstsein der Menschen ein immer höherer Stellenwert beigemessen und hat in Mönchengladbach an Bedeutung gewonnen.

In der aktuellen Stimmungslage werden schnell Maßnahmen wie Videoüberwachung oder eine Verschärfung des Strafrechts gefordert, ohne Berücksichtigung der Wirksamkeit, bestehender Gesetze und der Werte unseres Grundgesetzes. Wir verwahren uns gegen Schnellschüsse und vereinfachende Antworten. Dort, wo es wiederholt zu schweren Straftaten wie Gewaltdelikten kommt, kann eine temporäre Videoüberwachung als Ergänzung sinnvoll sein. Eine dauerhafte oder großräumige Videoüberwachung lehnen wir jedoch ab.

Sicherheit ist auch ein Standortfaktor für den Einzelhandel: Wir wollen in einer sicheren Stadt in einem gewaltfreien Umfeld einkaufen und leben.

Wir wollen für einen lebenswerten, sicheren und angstfreien öffentlichen Raum sorgen. Mehr Sicherheit bedeutet auch mehr Freiheit. Der Entstehung von Angsträumen muss rechtzeitig entgegengewirkt werden. Bereits bestehende Angsträume wollen wir durch eine bessere Beleuchtung, die Schaffung von Sichtverbindungen und verbesserte Wegbeschilderungen sicherer machen. Hier wollen wir die Erfahrungen der Sozialarbeiter\*innen und Mitarbeiter\*innen des Ordnungsamts und der Polizei beim Umgestalten von Plätzen und Räumen als städtebauliche Kriminalprävention mit einbeziehen.

Gerade an den Wochenenden fühlen sich viele Bürger\*innen in Mönchengladbach schutzlos, da das Ordnungsamt geschlossen ist und die Polizei aufgrund der personellen Knappheit nur im Notfall vor Ort ist und sich für viele Vergehen nicht zuständig erklärt. Online den Behörden Vergehen zu melden kann nicht den Personaleinsatz in der Öffentlichkeit ersetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher dafür ein, dass der Kommunale Ordnungs- und Sicherheitsdienst an allen Wochentagen inklusive Sonn- und Feiertage für die Bürger der Stadt tätig ist. Das Ordnungsamt ist derzeit aufgeteilt in Mitarbeiter\*innen, die Parkvergehen ahnden können, und Mitarbeiter\*innen, die Vergehen gegen Sicherheit und Ordnung ahnden. So entstehen Situationen, in denen man unter den Augen der Ordnungsbehörde Ordnungswidrigkeiten begehen kann, ohne dass jemand eingreift. Dies stärkt das schlechte Verhalten von denjenigen, die sich nicht an die Regeln halten. Hier setzen wir uns für eine Verbesserung ein.

Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs würde insbesondere in den Abend- und Nachtstunden allen Menschen einen sicheren Heimweg ermöglichen.



### **Sicherheitspartnerschaft**

Wir setzen auf Polizeistreifen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs und damit ansprechbar sind. Diese können sofort einschreiten und sind damit eine sinnvolle Alternative. Sichtbar mehr Präsenz auch am Wochenende durch Fußstreifen des Ordnungsamts zusammen mit der Polizei und mags im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft auch in den Randbezirken ist eine wirkungsvolle Maßnahme für mehr Sicherheit und Ordnung genauso wie kleine dezentrale gemeinsame Außenbüros von Ordnungsamt und Polizei.

### **Rettungskräfte wertschätzen**

In Notlagen sind wir neben der Polizei auf Feuerwehr und Rettungsdienste angewiesen. Diese leisten für unsere Gesellschaft unerlässliche Dienste, sei es im Hauptamt oder im Ehrenamt. Ehrenamtliches Engagement sowie Personalaufbau in diesem Bereich werden wir weiter fördern.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ausrüstung, Fuhrpark und Gebäude von Feuerwehr und Rettungsdiensten modernisiert und aktuellen Bedürfnissen zeitnah angepasst werden.

### **Opfer von Kriminalität besser unterstützen**

Oft dreht sich die Debatte nur um die Verhinderung und Aufklärung von Delikten. Die Opfer finden wenig Beachtung. Wir wollen die Opfer von Straftaten stärker unterstützen und setzen uns für eine bessere Finanzierung von Opferberatungsstellen ein. Eine kommunale Informationsplattform, die alle Hilfen für Opfer von Kriminalität aufzeigt, wollen wir schaffen.

### **Respekt nach vorne bringen**

Wir alle bemerken in den letzten Jahren eine Verrohung von Sprache und Verhalten innerhalb der Gesellschaft. In der Anonymität von Internet und sozialen Medien geht der Respekt vor Andersdenkenden verloren. Wir wollen Kampagnen und Aktionen unterstützen und durchführen, die Respekt vermitteln, um ein Gegengewicht zu Hetze und Gewalt zu bilden.

## **4.9. Sport und Freizeit**

### **Sportsgeist fördern, sozialen Zusammenhalt stärken**

Sportentwicklung und sportliche Erfolge haben in Mönchengladbach eine lange Tradition. Deshalb wollen wir auch in Zukunft sicherstellen, dass Mönchengladbach die attraktive, lebenswerte und begeisterungsfähige Sportstadt am Niederrhein bleibt. So sind etwa 45.000 aktive Sportler\*innen in unserer Stadt in ca. 220 Vereinen tätig. Der organisierte Sport ist einer der größten Träger bürgerschaftlichen Engagements und ein wichtiger Faktor der außerschulischen Jugendarbeit.

Sport ist für die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen wichtig und leistet einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Sport und Kommune können sich in vielerlei Hinsicht gegenseitig bereichern. Sport in seiner Vielfältigkeit trägt in hohem Maße zu einer lebendigen Stadtgesellschaft und zur Lebensqualität bei.



### **Sportstätten sanieren, neue Angebote schaffen**

Der Wandel zu neuen Trendsportarten oder die vermehrte Hinwendung vieler Menschen weg vom Wettkampf- und Leistungssport hin zum Fitness-, Gesundheits- und Rehabilitationssport wirft neue Aufgabenstellungen auch für die Gestaltung und Nutzung von Sportstätten auf.

Der Sport in Mönchengladbach entwickelt sich, die Grenzen zwischen Sport und Bewegung werden fließender, die Konkurrenz zwischen klassischem Vereinssport und ungebundenen Angeboten größer. Das Bedürfnis, sich an sportlichen Aktivitäten zu beteiligen, ist alters- und geschlechtsunabhängig. Diesen Fakten muss sich die Sportpolitik in den nächsten Jahren stellen.

Über die klassischen Sportangebote hinaus wollen wir die Planungen an ein geändertes Sport- und Freizeitverhalten anpassen. So brauchen wir zukünftig auch ein breitgefächertes Breiten- und Trendsportangebot. Dabei sind die Schaffung von BMX-Parcours, Klettermöglichkeiten, Kleinspielfeldern, Beachsoccer- und Beachvolleyballfeldern, markierte Lauf- und Walkingstrecken nur einige Beispiele.

In den vergangenen Jahren wurde bereits in großem Umfang und erfolgreich in die Sanierung von Außensportanlagen investiert. Die Stadt verfügt über 62 Turn- und Sporthallen, die in die Jahre gekommen sind. Hier besteht ein hoher Sanierungs- und Modernisierungsbedarf, der bisher nicht vollständig ermittelt und beziffert wurde. Daher verfolgen wir den Ansatz, unsere Sportstätten im Rahmen der Prioritätenliste zu sanieren. Es gilt einen bedarfsorientierten, nachhaltigen, ökologischen Sanierungsplan aufzustellen. Bei allen künftigen Baumaßnahmen im Sport müssen vermehrt ökologische Aspekte in den Vordergrund treten.

In Mönchengladbach stehen die ersten Kunstrasenflächen zur Sanierung an. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich sachbezogen mit den Konsequenzen für Gesundheit- und Umwelt beschäftigen, die Verwendung von Alternativmaterialien untersuchen und bewerten, um daraus aus sportfachlicher, baulicher, finanzieller und ökologischer Sicht Entscheidungen treffen zu können.

Daneben begrüßen wir es ausdrücklich, Sportstätten auch weiterhin in die Bewirtschaftung der Vereine zu übertragen.

### **Sport stärker als gesellschaftliche Aufgabe sehen**

Für uns ist das konstruktive Zusammenwirken zwischen Sportpolitik, Sportverwaltung, dem Stadtsportbund und anderen am Sportleben beteiligten Gruppen der Garant für eine erfolgreiche Weiterentwicklung und Sicherung des Sportangebotes.

Sportvereine erfüllen insbesondere im unmittelbaren Wohnumfeld und Quartieren verstärkt auch soziale Aufgaben als Kontakt- und Anlaufstelle, Treffpunkt und als Angebot der Freizeitgestaltung. Hier müssen mögliche Wechselwirkungen die nötige Berücksichtigung finden.

Mit unseren Sportvereinen verbindet uns ein gemeinsames Sportverständnis, das Menschenwürde, Fairness und Toleranz beinhaltet. Daher bekennen wir uns ausdrücklich zum Vereinssport, der insbesondere bei jungen Menschen einen



wesentlichen sozialen- und gesamtgesellschaftlichen Beitrag leistet. Sport ist Bildung, Erziehung, Gewaltprävention und Integration in die Stadtgesellschaft zugleich. Er bietet das, was Menschen zur Selbstverwirklichung brauchen: Herausforderung, Anerkennung, Orientierung und Halt in der Gemeinschaft und Bewegungsfreiräume.

Wir wissen, dass die Arbeit in Sportvereinen überwiegend ehrenamtlich geleistet wird. All diesen Menschen gilt unser besonderer Dank und unsere Wertschätzung. Wir unterstützen diesen Einsatz als unverzichtbaren Bestandteil unseres Gemeinwesens auch weiterhin uneingeschränkt.



*Vorbildhafte Garagendachbegrünung von F. & G. Baumann.*

## **Stichwortverzeichnis**

### **A**

Aktiv und selbstbestimmt im Alter - S.31  
Ampeln - S.13  
Arbeitsmarkt - S.33  
Artenschutz - S.6  
Artenvielfalt - S.6  
Atomkraftwerke - S.8

### **B**

Barrierefreiheit - S.25  
Bäume - S. 7  
Begleitgrün - S.7  
Betreuungsangebote für Kinder - S.26  
Bezug von Arbeitslosengeld II - S.34  
Bildung - S.38  
Bürgerhaushalt - S.22  
Bürger\*innenbeteiligung - S.20  
Bürger\*innenstiftung - S.21  
Bürgerschaftliches Engagement - S.21  
Braunkohletagebau - S.8  
Bürgerhaushalt - S.22

### **C**

Carsharing - S.12  
CO2-Ausstoß - S.6  
Cradle-to-Cradle-Konzept - S.11

### **D**

Dezernatsverteilung - S.28  
Digitaler Wandel - S.19

### **E**

E-Mobilität - S.12  
Einwanderung - S.32  
Einzelhandel - S.18  
Energieberatung - S.11  
Energiekosten - S.11  
Erinnerungskultur - S.41  
Erneuerbare Energie - S. 8  
Euregio - S.17

### **F**

Familie - S.26  
Finanzen - S.20  
Flughafen - S.15  
Frauen und Frauenpolitik - S.28



Freizeit - S.43  
Fußgänger\*innen - S.13  
Fußwege - S.13  
Frischluftschneisen - S.8

### **G**

Gesunde Schule - S.39  
Gesundheitsversorgung - S.36  
Gleichberechtigung - S.24  
Glyphosat - S.9  
Green Economy - S.17  
Grundwasserschutz - S.9  
Grüne Jugend - S.30  
Gründerszene - S.18  
Grünordnungsplan - S.8

### **H**

Haus Erholung - S.41  
Hochschule - S.49

### **I**

Inklusion - S.24  
Integrationsrat - S.23  
Interkulturelle Familienbibliothek - S.40  
Interkulturelle Öffnung der Gesellschaft - S.32  
Investitionsprogramm für Schulen - S.38

### **J**

Jugendliche - S.26  
Jugendhilfeplanung - S.27

### **K**

Kein Platz für Nazis - S.30  
Kinder - S.26  
Kinder- und Jugendbeirat - S.28  
Kino - S.41  
Klimadezernat - S.6  
Klimaneutralität - S.6  
Klimanotstand jetzt - S.30  
Klimaziel - S.6  
Kommunaler Ordnungs- und Sicherheitsdienst - S.42  
Kommunalpolitisches Praktikum - S.22  
Kreisverkehr - S.13  
Kultur - S.39  
Kulturelle Bildung - S.40  
Kulturszene - S.40



### **L**

Landwirtschaft - S.9

Lastenräder - S.14

Lernen - S.38

### **M**

Massentierhaltung - S.9

Migration - S.32

Mittelstand stärken - S.17

Mobilität - S.11

Müll - S.10

Müllvermeidung - S.10

### **N**

NRW-Ticket - S.14

### **O**

Öffentl. Mülleimer - S.11

Ökologisches Bauen - S.11

ÖPNV - S.12, 14

### **P**

Planungsprozesse - S.22

Pestizide - S.9

Prävention statt Reaktion - S.27

### **Q**

Queer - S.29

### **R**

Radfahrer\*innen - S.13

Radwege - S.13

Rathausneubau - S.18

Respekt - S.43

Rettungskräfte - S.42

### **S**

S-Bahn28 - S.15

Selbsthilfe - S.37

Seniorenrat - S.31

Sicherheit - S.42

Sicherheitspartnerschaft - S.43

Smart City - S.19

Spiel- und Freizeitangebote - S.27

Sport - S.43

Stadtbibliotheken - S.40

Städtepartnerschaften - S.41

Start ups - S.18



### **T**

Tagesbetreuungsangebote - S.26  
Tempolimit - S.12  
Theater - S.41  
Tierschutz - S.8  
Tierheim - S.9  
Trinkwasserschutz - S.9, 10

### **U**

Umwelt - S.6  
Umweltbildung - S.26  
Urban Gardening - S.7

### **V**

Verbraucherschutz - S.21  
Verkehrswende - S.11  
Vielfalt und Zusammenhalt - S.24

### **W**

Wasserversorgung - S.9  
Wertstoffkreislauf - S.10  
Windkraftanlagen - S.8  
Wirtschaft - S.17  
Wohnen - S.34  
Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz - S.35  
Wohnumfeld - S.36

10.000 Bäume Programm - S.7



Dieses Kommunalwahlprogramm wurde am 30. November 2019 auf der Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Mönchengladbach beschlossen.

**Herausgeber\*in:**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mönchengladbach  
Brandenberger Straße 36  
41065 Mönchengladbach  
Telefon: 02161/206404  
E-Mail: mg.gruene@t-online.de  
Facebook: <https://www.facebook.com/GrueneMG/>

**Titelgestaltung, Layout und Satz:**

R. Kunkel/ M. L. Laws

**Druck:**

KunstSinn UG, Bielefeld

**Anmerkung:**

Unser Wahlprogramm richtet sich an Frauen, Männer und alle Menschen, die sich nicht in das binäre Geschlechtersystem einordnen. Zu diesem Zweck benutzen wir auf allen Seiten den Gender-Star (\*).





## **Es ist Zeit, Farbe zu bekennen!**

Für unsere Demokratie, für nachhaltigen Umweltschutz,  
für ein offenes und soziales Miteinander. Es ist Zeit, uns zu wählen!

### **Bei Fragen wende Sie sich an:**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mönchengladbach  
Brandenberger Straße 36  
41065 Mönchengladbach

### **FACEBOOK:**

<https://www.facebook.com/GrueneMG/>

### **SPENDENKONTO**

IBAN: DE 54 3706 0590 0003 5050 65  
Sparda Bank West eG

**Haltung zeigen mit Ihrer grünen Stimme.**